**Presseschau Februar 2017**

**welt.de, 01.02.2017**

Abitur wird einheitlicher - aber auch besser?

Von Thomas Vitzthum

In diesem Jahr bedienen sich alle 16 Bundesländer aus einem Topf gemeinsamer Aufgaben. Das wäre früher undenkbar gewesen

Ein typisches Erstsemestergespräch geht so: „Wo hast du Abi gemacht?“. „In Bremen“. „Ach, dann hattest du es ja viel leichter als wir in Bayern.“ Die Ländernamen lassen sich beliebig ersetzen. Die Überzeugung, dass das Abitur in Deutschland je nach Bundesland ganz unterschiedliche Anforderungen stellt, ist tief verwurzelt.

Das war vor 20 Jahren nicht anders als heute. Allerdings hat die sogenannte Generation Y nicht nur verinnerlicht, dass der Wohnort darüber entscheidet, ob man sich zum Abi quälen muss oder quasi dahin getragen wird; sie ist auch der Überzeugung, durch die unterschiedlichen Anforderungen in ihren Wahlmöglichkeiten und Chancen teils massiv benachteiligt zu sein.

Zwar ist weniger als die Hälfte aller Studienfächer zulassungsbeschränkt, also mit einem Numerus clausus belegt. Doch gilt das nur im Hinblick auf die Statistik, es gilt nicht für die beliebten Studienorte und -fächer. In Berlin, Hamburg, München, Tübingen, Heidelberg kommt es natürlich auf eine gute Abinote an, ob man das Traumfach studieren kann. Da entscheiden Zehntel über die Zukunft.

Dies hinzunehmen sind immer weniger Studenten und Bürger bereit. Das hat politische Folgen. „Wem daran gelegen ist, Vertrauen in den Bildungsföderalismus herzustellen, der muss darauf reagieren, dass dieses Vertrauen öffentlich heute sehr stark infrage gestellt wird“, sagt Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe (SPD). Als Rabe 2012 die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) innehatte, versuchte er, seine Kollegen davon zu überzeugen, doch einen gemeinsamen Pool an Abituraufgaben einzurichten.

Damals gab es bereits eine gute Handvoll Länder, die sich darauf einließen, dazu gehörten Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Schleswig-Holstein. Es war eine Bewegung über alle Parteigrenzen hinweg. Jetzt, 2017, wird die Idee eines All-Länder-Abiturs in für die Kultusministerkonferenz erstaunlicher Geschwindigkeit tatsächlich Realität.

Laut Informationen der KMK bedienen sich alle 16 Länder beim kommenden Abitur aus einem Topf gemeinsamer Aufgaben, obwohl es dazu keine Verpflichtung gibt. „Das wäre vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen“, sagt Rabe. Damit liegen den Abiturienten in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch erstmals Prüfungen vor, die auch Schüler in anderen Bundesländern bearbeiten.

Stirbt damit also der typische Erstsemesterplausch aus? Noch lange nicht. Denn vorerst bleibt es bei den genannten vier Fächern. Bevor solche Aufgaben entwickelt werden können, braucht es gemeinsame Bildungsstandards. Und die gibt es bisher noch nicht in den naturwissenschaftlichen Fächern. Es wird Jahre dauern, bis diese Standards vorliegen, erst dann kann der nächste Schritt erfolgen.

Zudem haben es auch die Schüler in der Hand, ob sie die Einheitsaufgaben bearbeiten. In der Regel können sie beim Abi auswählen. Ob die Einheitsaufgabe dann liegen bleibt und nur die daneben weiter existierenden Länderaufgaben genommen werden, muss die Praxis zeigen. In jedem Fall stellen sie nur einen Teil der Prüfungsleistung dar. Die übrigen Aufgaben stellen weiter die Länder bereit. Ungeachtet dessen wirft das kleine Einheitsabi aber große Probleme auf. Eines ist, dass sich die Länder auf wenige Prüfungstermine einigen müssen. Denn klar ist: Ein Test, der schon dem Topf entnommen ist, ist raus. Andernfalls würden die Lösungen ja durchsickern. Die Termine aber hängen an den Sommerferien, und die starten bekanntermaßen in Deutschland zu unterschiedlichen Zeiten. In Deutsch und Englisch haben sich die Länder 2017 auf zwei Termine festlegen können, in Mathematik auf einen. Allerdings scheren schon jetzt in der Phase relativer Euphorie zwei Länder aus: Rheinland-Pfalz und Hessen.

Das zwingt die Macher der Aufgaben, die am Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Uni Berlin mit Länderunterstützung arbeiten, dazu, ziemlich viele Aufgaben zur Verfügung zu stellen. So liegen im Fach Deutsch mehr als 20 verschiedene vor, in Mathematik sind es gar 53.

Alles in allem steckt hinter dem Mini-Einheits-Abi ein gewaltiger Aufwand. Und möglicherweise erreichen die Kultusminister damit nicht einmal ihr erklärtes Ziel, nämlich mehr Akzeptanz für den Bildungsföderalismus zu erreichen. „Ich fürchte, dass die Maßnahme auf lange Frist nicht dafür sorgt, die Qualität im Abitur zu verbessern und mehr Vergleichbarkeit herzustellen, sondern dass sie ein Feigenblatt ist“, sagt Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes.

Meidinger vermisst einen Anspruch der Minister, das Abitur grundsätzlich besser zu machen. „Unterschiedliche Anforderungen und eine unterschiedliche Bewertung von Prüfungen werden weiterhin möglich sein. Die Unterschiede zwischen den Ländern werden bleiben.“ Meidingers Kritik richtet sich unter anderem gegen die Noteninflation. Bundesweit wurde in den vergangenen Jahren eine enorme Zunahme sehr guter Abiturleistungen beobachtet.

Teilweise haben sich die Quoten von 1,0-Schnitten verzigfacht. Besonders traf das auf Länder zu, die von Schulabitur auf Landeszentralabitur umgestellt hatten. Der Deutsche Lehrerverband führt diese Entwicklung auf das Absenken von Anforderungen zurück, das mit dem Zentralabi einhergegangen sei. Im Dezember forderte Verbandschef Josef Kraus vermeintlich anspruchsvolle Bundesländer wie Bayern sogar dazu auf, das Abitur aus weniger anspruchsvollen Ländern wie Berlin nicht mehr anzuerkennen.

Dabei muss man zugeben, dass auch ein Land wie Bayern an Stellschrauben gedreht hat. So werden dort seit ein paar Jahren das schriftliche und das mündliche Abitur gleich gewertet. Früher war das Verhältnis zwei zu eins. Das hat die Schnitte in Bayern erkennbar gehoben. Es gibt einen regelrechten Konkurrenzkampf um die besten Noten zwischen den Ländern. So schlossen in Thüringen 2013 ganze 38 Prozent mit einer Eins vor dem Komma ab, in Niedersachsen waren es dagegen nur 16 Prozent.

Bleiben solche Unterschiede dauerhaft bestehen, dürfte die Image-Wirkung, die sich die Kultusminister vom Aufgabenpool versprechen, völlig verpuffen. Schon bauen die Verantwortlichen argumentativ vor. In einer Handreichung der KMK heißt es: „Es geht also bei dem Einsatz von Prüfungsaufgaben aus dem zentralen Abituraufgabenpool nicht in erster Linie um den prozentualen Anteil, den eine einzelne Aufgabe oder ein einzelner Aufgabenteil an dem Gesamtergebnis ausmacht, sondern um die normierende Wirkung der Poolaufgaben auf alle im Abitur der Länder eingesetzten Aufgaben.“

Die Erwartungen sind sogar noch weiter gefasst: „Diese qualitative Wirkung, die auch auf die Klausuren und den Unterricht in der Qualifikationsphase ausstrahlt, da hier die Vorbereitung auf das Abitur stattfindet, führt in der Konsequenz zu einer größeren Vergleichbarkeit fachlicher Anforderungen in den Ländern.“ Dahinter steht wohl mehr Hoffnung als Gewissheit. Top-down-Prozesse vollziehen sich in der Bildungspolitik sehr langsam.

Außerdem hat die neue schriftliche Einheitsaufgabe nur minimalen Einfluss auf die Abinote. Denn zu annähernd 70 Prozent setzt sich diese aus den bis zum Abi in der Oberstufe erbrachten Leistungen zusammen. Das Abi macht noch rund 30 Prozent aus. Ein Teil sind mündliche Leistungen, ein Teil schriftliche, davon kommen vielleicht zwei Aufgaben einer aus mehreren Aufgaben bestehenden Prüfung aus dem gemeinsamen Topf.

Es ist deshalb schwer vorstellbar, dass sich aus dem Design eines Tests, der sich ja auch nicht grundlegend von den übrigen unterscheiden darf, schnell, ja überhaupt Wirkungen auf den Unterricht ergeben – geschweige denn sich der Unterricht in den Bundesländern angleicht.

**Lausitzer Rundschau, 02.02.2017**

Studie: Lehrer erkennen Mobbing nur selten

SENFTENBERG Hänseln, sticheln, prügeln – Mobbing ist in Schulen oft Alltag. Dazu haben Wissenschaftler der BTU geforscht und Neues herausgefunden.

"Ich wurde selber eine Zeit lang gemobbt. Da bin ich zu den Lehrern hin und habe die Antwort bekommen: ‚Hör einfach nicht drauf, ignoriere es, dann hören die von ganz alleine auf‘. Ich fand das richtig dumm von dem, denn die Lehrer sind schließlich da, um zu helfen und nicht dafür zuständig, es zu ignorieren und auf uns einzureden. Deshalb habe ich es umgedreht und habe selber mit dem Beleidigen angefangen. Es wäre eventuell nicht dazu gekommen, wenn die Lehrer etwas dagegen gemacht hätten."

Ein 14-jähriges Mädchen aus einer sächsischen Schule hat diese Zeilen geschrieben. Veröffentlicht sind sie in dem Buch "Gewalt und Mobbing an Schulen". Alle Kapitel des Bandes beginnen mit einem kurzen, persönlichen Erfahrungsbericht. Mitautorin der Studie Saskia Fischer bleiben aber besonders diese Sätze einer Jugendlichen in Erinnerung. Täter-Opfer nennt die BTU-Wissenschaftlerin diese seltene, aber "besonders problematische" Personengruppe.

1,4 Prozent der Schüler in Deutschland weisen laut Prof. Dr. Ludwig Bilz dieses Verhaltensmuster auf: erst Opfer, dann Täter. Häufiger sind mit je etwa acht Prozent die Schüler, die schon einmal eine Täter-, beziehungsweise eine Opfererfahrung gemacht haben. Insgesamt aber, auch das habe die Studie gezeigt, gebe es einen Rückgang bei den meisten Gewaltformen, sagt Bilz. Der 39-jährige Dresdner leitet seit April vorigen Jahres das neu gegründete Fachgebiet Pädagogische Psychologie in Gesundheitsberufen in Senftenberg.

Trotz dieser Entwicklung besteht weiterhin Grund zur Sorge. Denn Ludwig Bilz, Saskia Fischer und Prof. Dr. Wilfried Schubarth von der Universität Potsdam haben auch herausgefunden, dass es nicht immer die brutalen Schlägereien oder gar Amokläufe sein müssen, die Spuren hinterlassen. "Im Schulalltag sind eher viel weichere Gewaltformen vorhanden", erklärt Ludwig Bilz. Zum Beispiel, wenn ein Schüler von einer Gruppe über einen längeren Zeitraum gehänselt wird. Der Psychologe warnt: "Die Erfahrung, ein Opfer des Mobbings zu sein, kann verheerende Folgen haben – unter anderem Depressionen, psychosomatische Beschwerden und Suizidgedanken."

Doch was machen Lehrer eigentlich, wenn sie Mobbing bei ihren Schülern erkennen? Auch diese Frage war Gegenstand der Untersuchung an sächsischen Schulen mit mehr als 2000 Schülern und 550 Lehrkräften. "Die meisten Lehrer, leider nicht alle, greifen ein", sagt Ludwig Bilz. Fast 80 Prozent der Pauker gaben demnach an, in Mobbingfälle, deren Zeuge sie geworden sind, einzuschreiten. Von den Schülern wurde das für 70 Prozent der Mobbingfälle bestätigt.

Die Forscher unterscheiden drei Formen: Entweder der Lehrer greift minimal ein, indem er das Intermezzo zum Beispiel mit einem "Stopp" unterbindet. Oder zweitens: Der Lehrer unterstützt die Opfer, indem er mit den Schülern spricht und tröstet. Und drittens: Er setzt auf eine langfristige Lösung, in dem er andere Schüler, Kollegen und die Eltern mit ins Boot holt. "Kooperative Intervention" nennen das die Wissenschaftler. Für Bilz ist es auch die zielführendste Methode. Allerdings werde sie am seltensten angewandt – in nur etwa 18 Prozent der Fälle. "Grenzen aufzeigen reicht nicht. Zusätzlich muss etwas langfristig gemacht werden", sagt der Psychologe. Dass ein Lehrer aber sofort eingreift, sei dennoch wichtig.

"Es ist kein Wunder, dass die ergriffenen Maßnahmen oftmals verpuffen und nicht die erhoffte Wirkung erzielen. Auf Dauer wirksamer ist es, die gesamte Klasse und das Kollegium einzubeziehen", erläutert Bildungsforscher Schubarth. Bisher würden Hilfsangebote für Einzelne in der Praxis dominieren, während nur knapp 20 Prozent der Schülerschaft von kooperativen Angeboten berichten. Rund 30 Prozent hätten autoritäre Reaktionen durch Lehrkräfte beobachtet.

Bei der Frage, wie gut die Lehrer Mobbingfälle bei ihren Schülern erkennen, kommen die Autoren zu einem erstaunlichen Ergebnis: "Die Trefferquote war sehr gering", bilanziert Bilz. Bei besonders leistungsstarken und bei -schwachen Schülern sei der Täterstatus hingegen besser erkannt worden.

Aufgezeigt haben Ludwig Bilz und sein Team zudem, dass Lehrkräfte besonders dann intervenieren, wenn ihr Verständnis von Gewalt breit ist und sie beispielsweise soziale Ausgrenzung und Hänseleien auch als Gewalt betrachten. "Lehrer, deren Verständnis für Gewalt sich auf körperliche Gewalt beschränkt, greifen seltener ein", fasst Bilz zusammen. Das habe Folgen für die Schüler: In den Klassen, in denen Lehrer ein breites Gewaltverständnis besitzen, gebe es deutlich mehr Mädchen und Jungen, die bei einer Mobbing-Situation einschreiten würden.

"Wir empfehlen deshalb die Arbeit am Gewaltverständnis der Lehrer und Schüler, um so die Sensibilität zu erhöhen", sagt Ludwig Bilz.

Zum Thema:

Gegenstand der Pädagogischen Psychologie an der BTU sind Erziehungs- und Sozialisationsprozesse in verschiedensten Kontexten und Altersphasen. Als angewandte Wissenschaft beschränkt sie sich nicht nur auf die Beschreibung und Erklärung – sie soll auch für die Praxis tauglich sein. Enge Bezüge bestehen zur Entwicklungspsychologie, Klinischen Psychologie und Erziehungswissenschaft.

**echo-online.de, 04.02.2017**

Von den Robotern begeistert

BENSHEIM - (tr/ü). Neugierig beugt sich der hessische Kultusminister über die Wettkampf-Arena. Alexander Lorz (CDU) ist von den Robotern sichtlich begeistert. Er sei zwar Jurist, doch auch ein Fan von komplexer Technik und zukunftsweisenden Ideen.

Damit war der Minister in der Bensheimer MINT-Garage genau richtig. Auf Einladung der Initiative Netzwerk Talente besuchte Lorz am Donnerstagabend die neue Einrichtung auf dem Gelände des Goethe-Gymnasiums, wo Schüler aus verschiedenen Schulen an naturwissenschaftlichen Projekten arbeiten – auch die Robotik AG des gastgebenden Gymnasiums: Das Team RobotX hat gerade beim Europa-Halbfinale der First Lego League den ersten Platz in der Kategorie Robot-Design gewonnen. Am Ende landeten die Tüftler auf dem achten Platz. „Da geht noch mehr“, sagt Coach Alina Zorn (18), die das Team betreut.

FÜR ALLE BENSHEIMER SCHULEN OFFEN

Die MINT-Garage auf dem Goethe-Campus soll sich als außerschulischer Lernort für Kinder und Jugendliche aller Bensheimer Schulen weiter entwickeln. Nach der Devise „Selber machen und eigene Ideen umsetzen“ sollen sie hier eigenständig arbeiten und Dinge ausprobieren.

Bei der Umsetzung eigener Ideen und Projekte werden sie von Lehrern und ehrenamtlichen Coaches begleitet; darunter Mitarbeiter regionaler Unternehmen, Handwerker, Azubis, Studenten, Naturwissenschaftler und Eltern. Genutzt werden kann die MINT-Garage auch für Projekte von „Jugend forscht“.

Auf dem Pausenhof des Goethe-Gymnasiums befinden sich zwei Container, die umfangreich ausgestattet sind und durch einen separaten Zugang auch abseits der Unterrichtszeiten genutzt werden können.

Das Netzwerk Talente unterstützt die Einrichtung, die darüber hinaus von Unternehmensvertretern als Projektpaten gefördert wird. Neben einer Fahrrad-Werkstatt und der Robotik AG gibt es diverse Forschungsprojekte in den Bereichen Physik, Biologie, Technik und Informatik. (tr/ü)

Jugendliche können in Ruhe an Projekten arbeiten

Es sind junge Leute wie sie, die in der MINT-Garage für Leben sorgen sollen – und dies fleißig tun. „Wir sind fast jeden zweiten Tag hier, auch in den Weihnachtsferien“, so Alina Zorn im Gespräch mit dem Minister. Sie und ihre Kollegen schätzen die Möglichkeit, außerhalb des Unterrichts und in Ruhe an ihren Projekten arbeiten zu können. Schulleiter Klaus Holl lobt die Garage als niederschwelliges Angebot für interessierte und leistungsstarke Schüler mit einem Faible für Naturwissenschaften. „Wir brauchen helle Köpfe, die sich begeistern können.“

Sandro Aust ist so einer. Der Elfjährige ist der erste Schüler des Alten Kurfürstlichen Gymnasiums (AKG), der das offene Angebot nutzt. Sandro ist ein Informatik-Freak. Mit der visuellen Programmiersprache Scatch hat er einen Vokabeltrainer und ein Spiel entworfen. Ein paar Semester weiter sind Philipp Aßmann und Sebastian Binninger von der benachbarten Heinrich-Metzendorf-Schule, die eng mit der Garage verzahnt ist. In der Fotovoltaik AG haben sich die beiden angehenden Elektriker mit der Energieversorgung des Minilabors auseinandergesetzt.

Daniel Schröter und Anne Steiner vom Goethe-Gymnasium befassten sich mit dem Stromverbrauch des Containers und suchten nach der effizientesten Lösung. Das Technik-Team bringt Holzfiguren mit selbst gebauten Getriebesystemen zum Laufen und lässt kleine Rennwagen allein mit Luftantrieb über den Boden schießen. „Es ist toll, dass alle Werkzeuge da sind“, sagt Laurin. Es mache ihm einen Riesenspaß, zusammen mit Freunden etwas Neues zu entwickeln.

„Ich wünsche mir in Hessen und ganz Deutschland mehr solche Orte“, so Alexander Lorz. Der Kultusminister lobte das Netzwerk Talente, für das er an der Bergstraße bereits vor über zwei Jahren seine Unterstützung für die praxisnahe Arbeit mit jungen Leuten zugesagt hatte. Die Verzahnung von Schule und Unternehmen funktioniere in Bensheim außerordentlich gut.

Auch HTV-Chef Edbill Grote (Halbleiter-Test & Vertriebs-GmbH) und Dr. Eric Tjarks, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bensheim, schauten den Junioren über die Schulter. Beide sind Paten für verschiedene Projekte und vom Ansatz der MINT-Garage überzeugt. „Man muss Talente früh entdecken“, betonte Tjarks. Grote möchte ihnen „mehr Freiraum“ bieten. Er hat sich bereits vor über zehn Jahren Schüler ins Unternehmen geholt, um sie in anspruchsvolle Projekte einzubinden.

Mit Erfolg: Simeon Blöcher war einer von ihnen. Heute ist er Lehrer am Goethe-Gymnasium und Betreuer der MINT-Garage, die sich früh zum Treffpunkt einer interessierten Klientel entwickelt hat.

Im Dialog mit Lehrern und Schülern will das Netzwerk Talente die Einrichtung nun weiter ausbauen und frische Ideen einbringen. Die Initiative versteht den Kreativraum als Prozess, der mit den Vorstellungen seiner Besucher mitwachsen soll.

**tag24.de, 05.02.2017**

ANGELN IN DER SCHULE?

DA BEISSEN TIERSCHÜTZER AN

Werdau - Jetzt machen die Tierrechtler selbst vor Kindern nicht mehr halt. Neue Zielscheibe der Tierschutz-Organisation Peta ist die Arbeitsgemeinschaft (AG) Angeln der Werdauer Oberschule. „Das Töten von empfindungsfähigen Tieren darf kein Lernangebot sein“, schreibt die Fischreferentin von Peta. Das Angeln gehöre eingestellt.

Schulleiter Kay Hertel denkt aber nicht daran: „In der AG lernen die Schüler ja nicht nur das verantwortungsvolle Angeln.“ Die Zehn- bis 14-Jährigen sind als Naturschützer unterwegs - hängen Nistkästen auf, reinigen Flussufer und lernen den respektvollen Umgang mit der Umwelt.

Der Direktor wird nicht nur vom sächsischen Anglerverband bestärkt, sondern auch von den Eltern. Eine Mutter rief ihn an: „Mein Junge lernt wenigstens was Vernünftiges in der Natur und hängt nicht nur vor der Playstation herum.“ Diese Art von Sammelbriefen hatte Peta übrigens bereits an Schulen in Niedersachsen und Brandenburg verschickt - nun ist wohl Sachsen dran.

**checkpoint-elearning.de, 06.02.2017**

10. WETTBEWERBSRUNDE

"Deutscher Lehrerpreis – Unterricht innovativ"

Berlin/Düsseldorf, Februar 2017 – Der "Deutsche Lehrerpreis – Unterricht innovativ", die gemeinsame Initiative der Vodafone Stiftung Deutschland und des Deutschen Philologenverbands, präsentiert sich mit umfassenden Informationen zum Wettbewerb auf der diesjährigen "didacta – Die Bildungsmesse" in Stuttgart. Vom 14. bis 18. Februar 2017 können sich BesucherInnen ausführlich über den bundesweiten Wettbewerb und die aktuelle Wettbewerbsrunde 2017 informieren. Der Cornelsen Verlag ist Kooperationspartner des Wettbewerbs und vergibt einen Sonderpreis.

Derzeit läuft die Bewerbungsphase für die 10. Wettbewerbsrunde auf Hochtouren. In der Kategorie "Unterricht innovativ" können interessierte Lehrkräfte-Teams noch bis zum 19. Juni ihre innovativen und fächerübergreifenden Unterrichtsprojekte anmelden und die erforderlichen Unterlagen einreichen. Der Einsendeschluss für die zweite Wettbewerbskategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“, in der Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen 2017 und 2016 besonders engagierte Lehrkräfte für den "Deutschen Lehrerpreis" nominieren können, endet ebenfalls am 19. Juni 2017. Alle Informationen dazu sind auf www.lehrerpreis.de zu finden ebenso wie Filme, Fotos und Pressemeldungen zu den Preisverleihungen der vergangenen Jahre.

Der Lehrerpreis mache deutlich, wie engagiert die Lehrkräfte in Deutschland seien, sagte Dr. Claudia Bogedan, Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen und Präsidentin der Kultusministerkonferenz im vergangenen Jahr, in ihrem Statement zur Preisverleihung 2016. Die ausgezeichneten Pädagoginnen und Pädagogen seien ein herausragendes Beispiel und hoffentlich Ansporn für den Nachwuchs, sich auch für den Lehrerberuf zu entscheiden, betonte sie weiter.

Insgesamt rund 4.500 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte beteiligten sich 2016 am "Deutschen Lehrerpreis – Unterricht innovativ". Ziel der Initiatoren Vodafone Stiftung Deutschland und Deutscher Philologenverband des 2017 zum zehnten Mal stattfindenden Wettbewerbs ist es, die Leistungen von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern stärker zu würdigen und in den Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken.

**merkur.de, 06.02.2017**

WER BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

Ist Moral bei Kindern eine Frage der Intelligenz?

Stehlen, Lügen oder Hänseln - unter Kindern in der Grundschule geht es oft recht hart zu. Ob Jungs oder Mädchen, die besonders schlau sind, sich besser verhalten, wollten Forscher wissen.

Das moralische Denken von Kindern entwickelt sich unabhängig von ihrer Intelligenz. Zu diesem Ergebnis kommen Forscher des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (Dipf) in Frankfurt. Sie haben dafür 129 Sechs- bis Neunjährige untersucht. Die Ergebnisse wurden in der Fachzeitschrift „Frontiers in Psychology“ veröffentlicht.

Die Grundschulkinder mussten zunächst einen standardisierten Intelligenztest machen, um ihren IQ festzustellen. Dann wurden ihnen Bildergeschichten gezeigt, in denen die Hauptfiguren moralische Regeln brechen, zum Beispiel mit einem bedürftigen Kind nicht teilen, die Süßigkeiten von Gleichaltrigen stehlen, deren Sachen verstecken oder jemanden hänseln.

Danach wurden die Kinder dazu befragt. Sie sollten die Taten nicht nur generell bewerten, sondern sich auch in Opfer und Täter hineinversetzen. Daraus wurden Kennziffern für moralisches Empfinden abgeleitet und mit den IQ-Werten verglichen. Das Ergebnis: „Wir konnten keinen Einfluss der Intelligenz auf das moralische Denken von Kindern, also auf ihre moralischen Urteile und Gefühle, feststellen“, erläuterte Hanna Beißert, die verantwortliche Wissenschaftlerin.

Ergebnis gilt nur für Grundschulkinder

Allerdings gelte dieses Ergebnis nur für Grundschulkinder, betonte Beißert. Andere Studien, die mit Jugendlichen und Erwachsenen durchgeführt wurden, hätten durchaus einen Zusammenhang zwischen Intelligenz und moralischen Urteilen festgestellt.

Rat für Lehrer

Für Lehrer und Erzieher leitet sie aus der Studie folgende Rat ab: „Wir können sagen, dass auch besonders intelligente Kinder die gleiche Unterstützung in ihrer Moralentwicklung brauchen, wie ihre weniger intelligenten Altersgenossen.“

**oltnertagblatt.ch, 07.02.2017**

BILDUNGS-STREIT

Computer statt Bleistift: Schweizer Bildungsvertreter kritisieren Pisa-Test

Schweizerische Bildungsvertreter erwägen den Ausstieg aus den teuren Pisa-Studien. Grund für die Kritik: Erstmals hatten die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler den Pisa-Test am Computer statt mit Bleistift und Papier gelöst .

Kein gutes Haar liess die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) an der neuesten Pisa-Studie, als diese im Dezember von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) präsentiert wurde. «Es wäre verfehlt, diese unzureichenden Daten aus bildungspolitischer Sicht zu interpretieren oder gar Schlussfolgerungen für unser Schulsystem zu ziehen», sagte der damalige EDK-Präsident Christoph Eymann.

Der Grund für die schlechte Laune der Bildungsvertreter: Erstmals hatten die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler den Pisa-Test am Computer statt mit Bleistift und Papier gelöst, zudem hatten die Studienautoren an Stichprobe und Punkteskala geschraubt.

Damit, so die Kritik aus Bern, sei weder die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen noch die Vergleichbarkeit zwischen den 72 teilnehmenden Staaten gegeben. Statt eigener Rückschlüsse präsentierte die EDK den Medienvertretern im Dezember daher einen geharnischten Protestbrief zuhanden der in Paris ansässigen OECD.

Inzwischen hat deren Generalsekretär, José Ángel Gurría, reagiert. Im dreiseitigen Antwortschreiben, das der «Nordwestschweiz» vorliegt, zeigt sich der frühere Finanz- und Aussenminister Mexikos uneinsichtig. «Wir können versichern, dass die Schweizer Resultate vollständig vergleichbar sind», schreibt Gurría. Für die Vermutung, die methodischen Änderungen hätten sich hierzulande signifikant ausgewirkt, bestehe keinerlei Anlass.

Bei der EDK gibt man sich ernüchtert. «Die OECD-Antwort besticht vor allem durch ihre Länge, die aufgeworfenen Fragen sind damit aber weder geklärt noch beantwortet», sagt Sprecherin Gabriela Fuchs. Die Schweizer Forderungen werde man nun über das zuständige Pisa Governing Board der OECD einzubringen versuchen. Dies freilich dürfte mühselig werden: Das Gremium, dem 36 Staaten angehören, fällt seine Entscheide einstimmig.

Unterstützung aus dem Ausland

Parallel knüpft die EDK Kontakte zu Wissenschaftern aus dem In- und Ausland, die die Kritik an der Pisa-Studie teilen. «Gemeinsam wollen wir herausfinden, was sich im Hinblick auf die nächste Erhebung im kommenden Jahr tun lässt, damit wir wieder ein aussagekräftiges und belastbares Resultat erhalten», sagt Fuchs. Bis im Sommer sollen erste Erkenntnisse vorliegen.

Vor allem in Deutschland und Österreich dürfte die Offensive der EDK Unterstützung erfahren – auch in Berlin und Wien nämlich wurde die Pisa-Studie skeptisch aufgenommen. So veröffentlichte etwa das Fachmagazin «Diagnostica» kürzlich eine ausführliche Analyse mehrerer namhafter deutscher Forscher, die nahelegte, dass der Wechsel von Papier-und-Bleistift- auf Computer-Tests die Trendschätzung für Deutschland verzerrt haben könnte.

Bei der OECD will man den Methodenwechsel dennoch nicht hinterfragen. Den Umgang mit Computern zu erlernen, sei längst integraler Teil der Vorbereitung auf ein Leben im 21. Jahrhundert, heisst es. Im Kern gehe es um die akademische Frage, wie man mit Veränderungen umgehen wolle, sagt Sprecher Matthias Rumpf. «Die Fragestellung ist dieselbe wie beim Warenkorb, mit dem man die Inflation misst: Soll er stets unverändert bleiben oder neuen Konsumgewohnheiten angepasst werden?»

Über die Absender der Kritik wundert sich Rumpf: «Weder die Schweiz noch Deutschland gelten als hinterwäldlerisch, was die Nutzung digitaler Geräte im Alltag angeht. Es wäre deshalb sehr erstaunlich, wenn ausgerechnet hier Schülerinnen und Schüler beim Pisa-Test besondere Schwierigkeiten mit der Bedienung von Tablets gehabt hätten.»

Steigt die Schweiz aus Pisa aus?

In der EDK erwägt man derweil bereits den Ausstieg aus Pisa für den Fall, dass man in Paris weiterhin auf taube Ohren stösst. Verweigere die OECD eine ernsthafte Diskussion, werde er den Antrag stellen, schon 2018 nicht mehr teilzunehmen, sagte der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker, Mitglied im EDK-Vorstand, im Dezember zur «Ostschweiz am Sonntag». Denn obwohl die Pisa-Studien immer teurer und teurer würden, könne die Schweiz kaum mitreden, so der SVP-Politiker.

EDK-Präsidentin Silvia Steiner sagt auf Anfrage, über die Zukunft der Pisa-Studie könne erst entschieden werden, wenn alle Grundlagen vorlägen. Im Unterschied zu Kölliker ist für die Zürcher CVP-Bildungsdirektorin klar: «Die Schweiz braucht auf jeden Fall einen internationalen Referenzwert.»

**Pressemeldung vom 08.02.2017**

Reform des hessischen Schulgesetzes: Erwartungen nicht erfüllt

Das neue hessische Schulgesetz sichert das vielgliedrige Schulsystem, dennoch besteht nach wie vor Handlungsbedarf

Das vielgliedrige Schulsystem bleibt bestehen, die unterschiedlichen Bildungsabschlüsse sind gesichert. Die Bereiche Berufsorientierung, Sexualerziehung, Inklusion, Integration und digitale Bildung sollen ausgebaut werden. Das sind die Inhalte der geplanten Reform des hessischen Schulgesetzes, die heute im Landtag erörtert wurde.

Der Hessische Philologenverband befürwortet insbesondere die Sicherung der Vielgliedrigkeit und stellt den Stellenwert der Teilbereiche nicht in Frage, kann aber nicht erkennen, dass es sich immer zwangsläufig um schulische Aufgaben handelt. Es ist fraglich, ob das, was als Maßnahmen zur individuellen Förderung propagiert wird, wirklich zielführend ist. An den Rahmenbedingungen hat sich für die Mehrheit der Schülerschaft und der Lehrkräfte in den vergangenen Jahren wenig geändert. Letztere stehen auch weiterhin vor zu großen Klassen in oftmals unzureichend ausgestatteten Schulen. In Anbetracht der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft stellt sich außerdem die Frage, ob die immer weitere Auffächerung des gymnasialen Angebotes eine aussichtsreiche Antwort auf die bildungspolitischen Ziele der Landesregierung nach Sicherung und Entwicklung der Qualität ist. So waren die im letzten Schuljahr vorgenommenen Stellenkürzungen in der gymnasialen Oberstufe in jeder Hinsicht kontraproduktiv und müssen schnellstmöglich zurückgenommen werden.

Die Position des Gymnasiums, dessen Ziel es ist, Kindern und Jugendlichen – unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft – ein möglichst hohes Bildungsniveau zu vermitteln, des Weiteren eine vertiefte Allgemeinbildung und Studierfähigkeit, wird im neuen Schulgesetz weiter relativiert.

HESSISCHER PHILOLOGENVERBAND e.V.

Dr. Iris Schröder-Maiwald

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**gea.de, 09.02.2017**

«Das Grauen in Worte fassen» - Terror als Thema im Schulunterricht

Mannheim (dpa/lsw) - Gedenkminuten, Diskussionen, Einzelgespräche - auf das Thema Terror reagieren Schulen unterschiedlich. Klar ist: Gewalt ist längst Unterrichtsstoff. Das zeigt auch die Bildungsmesse Didacta in Stuttgart.

Terror in Berlin, Tote in Nizza, Anschlag in Kabul: Berichte über blutige Attacken flimmern über Bildschirme und machen auch vor den Smartphones von Teenagern nicht halt. Längst ist der internationale Terrorismus zunehmend Thema unter Jugendlichen. Doch wie sollen Bildungseinrichtungen mit solchen Taten umgehen? Wie erklären Pädagogen Terror - ohne die Angst auch noch zu schüren?

Mit Schweigeminuten wurde in Schulen deutschlandweit etwa der Opfer der Anschläge in Paris im November 2015 gedacht. «Eine Schweigeminute allein genügt nicht, man muss das in Erklärungen betten», sagt Direktorin Silke Herr vom Geschwister-Scholl-Gymnasium in Mannheim. Beim Anschlag in Nizza im Juli 2016 starben auch zwei Schülerinnen und eine Lehrerin aus dem Berliner Bezirk Charlottenburg, mit dem Mannheim eine Partnerschaft unterhält. «Das ist ein Trauma, von dem sich Schüler und Lehrer lange nicht erholen», sagt Herr. Jede Klasse müsse ihren Weg finden, damit umzugehen. «Wir wollen Kindern helfen, das Grauen in Worte zu fassen.»

Terrorismus und Islamismus sind im deutschen Alltag angekommen - und damit auch an Schulen. Das zeigt auch die weltgrößte Bildungsmesse Didacta, die am Dienstag (14. Februar) in Stuttgart beginnt. Ein Thema: Terrorismus als Unterrichtsstoff. Es sei zwar kein ausgesprochener Schwerpunkt der Messe, sagt Sprecherin Kaja Hoppe. Aber auf der Didacta spricht auch der Terrorexperte Elmar Theveßen, stellvertretender ZDF-Chefredakteur.

«Angesichts der Anschläge in Deutschland drängt sich das Thema Terrorismus in das Leben der Schüler, wenn auch vielleicht nicht in dem Ausmaß wie in Brüssel und Paris», sagt Theveßen. Den Lehrern komme dabei eine entscheidende Rolle zu. «Lehrer können ein Forum schaffen, in dem man offen und ohne Tabus Dinge diskutieren kann - ohne für eine starke Meinung abgestraft zu werden», betont der 49-Jährige. Dafür müssten Lehrer aber vorbereitet sein. «In Deutschland ist das Thema Terrorismus in den meisten Bundesländern leider nicht Bestandteil des Curriculums», meint Theveßen.

Was denken die Schüler selbst? Für den 16-jährigen Nils aus Heilbronn etwa ist das Thema als Unterrichtsstoff wichtig. «Wir haben vor allem im Religionsunterricht, aber auch in Französisch darüber gesprochen», sagt der Schüler eines Gymnasiums. Der Lehrer habe den Tenor vorgegeben, dann habe die Klasse diskutiert. «Man hat gelernt, die Sache von vielen Seiten zu sehen - und nicht nur seine eigene Meinung. Das hat zum Nachdenken angeregt», meint Nils.

Publikationen zum Thema sind mittlerweile durchaus zahlreich, unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn). Verlage wie dtv (München) und AAP Lehrerfachverlage (Hamburg) halten ebenfalls Broschüren oder Bücher bereit. Auch von Ministerien gibt es Handreichungen. «Ziel der Unterrichtsstunden ist es, die Schülerinnen und Schüler über die Anschläge des letzten Jahres zu informieren, zu erarbeiten, warum Frankreich schon dreimal Ziel von Anschlägen wurde und sich über weitere Gefahren und Folgen bewusst zu werden», heißt es etwa in einer Vorlage des Kultusministeriums in Stuttgart.

«Die meisten Schüler sind zunächst an den Fakten interessiert», sagt ein Lehrer einer Schule in Ulm. «Dann kommt schnell das Bedürfnis, darüber zu reden.» Bei manchen Jugendlichen sei es besser, Einzelgespräche zu führen. «Oft sind sie sich ihrer Meinung nicht sicher. Sie wollen nicht vor der ganzen Klasse darüber sprechen», sagt der Pädagoge, der ungenannt bleiben will.

Für den Terrorexperten Theveßen ist Aufklärung über die Hintergründe von Gewalt auch Medienerziehung. «Leider sind wir mittlerweile in einem Universum unterwegs, in dem es schwer fällt, in all dem Lärm die richtigen Medien herauszusuchen», sagt er. Gerade nach Anschlägen machten in sozialen Medien oft wilde Gerüchte die Runde. «Insofern ist es sinnvoll, sich damit zu beschäftigen, wie man zwischen "Fake News" und dem, was verlässlich ist, unterscheiden kann.»

**zeit.de, 09.02.2017**

Lehrer: Guten Morgen, Herr Lernbegleiter!

Die Bezeichnung Lehrer gilt vielen als verstaubt. Völlig zu Unrecht! Eine Ehrenrettung

Ein Gastbeitrag von Klaus Zierer

Womit wird er nicht alles strapaziert und konterkariert: der Begriff des Lehrers. "Verstaubt" sei er, "unangemessen" und "unzeitgemäß". Vor allem verkenne er aber den Kern des Lernens, der in der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung des Lernenden zu sehen sei. Stattdessen manifestiere er ein überholtes, traditionelles Machtgefüge. Und damit wird der Begriff des Lehrers bei so manchen Schulexperten sogar ungerecht und inhuman.

Alternativen sind schnell gefunden: Lernbegleiter, Lerncoach, Lernberater und vieles andere mehr wird propagiert. Bis heute sind diese Worthülsen Kampfbegriffe im bildungspolitischen Diskurs.

Hinter diesem geforderten Wandel stehen "neuere" Erkenntnisse aus einer weltanschaulich geprägten Erziehungswissenschaft, die nahelegen, den Begriff des Lehrers endlich aufzugeben und ihn durch einen "neuen" Begriff zu ersetzen. So wirkmächtig Sprache auch ist, so ehrlich muss sie bleiben. Mit Blick auf Ergebnisse der empirischen Erziehungswissenschaft zeigt sich, dass nicht alles, was als "neu" gehandelt wird, besser ist als das, was als "alt" angesehen wird.

Besonders eindringlich macht dies der Dumm-und-dümmer-Effekt, der zurückgeht auf ein Experiment von David Dunning und Justin Kruger: Studierende wurden gebeten, nach dem Verlassen des Prüfungsraumes ihre erbrachte Leistung einzuschätzen. Dabei zeigte sich, dass sich die Leistungsschwächeren um bis zu 20 Prozent überschätzten, wohingegen sich die Stärkeren um bis zu fünf Prozent unterschätzten. Auf den Punkt gebracht: Inkompetente Menschen können ihre Inkompetenz nicht einschätzen.

Mittlerweile wurde dieser Effekt in Schulen mehrfach repliziert. Nehmen wir das Beispiel einer offenen Lernumgebung, die mit Stationen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus gestaltet ist. Für gewöhnlich ergeht nach Erklärung der Stationen der Auftrag an die Lernenden, sich jene Aufgaben herauszusuchen, von denen sie glauben, dass diese die richtigen für sie sind und ihrem Leistungsvermögen entsprechen – ein Szenario, das an Schulen tagtäglich stattfindet. Der Dumm-und-dümmer-Effekt macht darauf aufmerksam, dass dieses Vorgehen nicht ohne Schwierigkeiten bleiben wird. Denn Leistungsschwächere werden häufig zu schwierige Aufgaben auswählen, wohingegen Leistungsstärkere nicht davor gefeit sind, zu leichte Aufgaben zu machen. Es obliegt folglich auch in einer offenen Lernumgebung besonders der Kompetenz und Haltung des Lehrers, ob Lernen gelingt oder nicht.

Wer an dieser Stelle aber stehen bleibt, verkennt, dass es für das Gesagte auch notwendig werden kann, einzugreifen, wenn Über- oder Unterforderung zutage tritt, einzugreifen, wenn Irrwege nicht erkannt werden und Umwege nötig sind, einzugreifen, um der Selbstwahrnehmung eine Fremdwahrnehmung gegenüberzustellen.

Wer sich als Lehrer nur auf das Lernen besinnt, unterschätzt seinen Einfluss, der natürlich mit einem Machtgefüge verbunden ist – wie sollte es anders sein? Was aber noch viel wichtiger ist: Er verkennt die Verantwortung des Lehrens – nämlich Lernen so gut es geht zu ermöglichen.

Dabei ist es genau diese Verantwortung des Lehrers, die entscheidend ist für den Bildungserfolg: mit dem Machtgefüge so umzugehen, dass Unterricht ein Dialog ist, eine Interaktion zwischen Menschen. Kompetenz und Haltung ist dafür notwendig.

Und all das steckt im Begriff des Lehrers wie in keinem anderen.

 KLAUS ZIERER

ist Professor für Schulpädagogik an der Universität Augsburg.

Vor diesem Hintergrund mein Plädoyer: Wir sind Lehrer! Als solche ist es unser Verständnis, dass Lernen von den Schülerinnen und Schülern zunehmend selbst reguliert wird, dass Lernen nicht machbar ist, dass Lernen auf differenzierte Angebote angewiesen ist. Kein Didaktiker in den letzten 30, 40 Jahren hat daran wirklich gezweifelt!

**spiegel.de, 10.02.2017**

Bodycams für britische Lehrer

Big Teacher is watching you

In Polizeimanier tragen Lehrer an zwei britischen Schulen neuerdings Kameras am Körper: Sie sollen damit Schüler filmen, die stören. Das Projekt ist umstritten.

Sie quasseln mit dem Sitznachbarn, rascheln mit Butterbrotpapier, bewerfen sich mit Radiergummis: Störenfriede gibt es in jeder Klasse. An zwei britischen Schulen sollen Lehrer jetzt mithilfe von Bodycams, Kameras, die am Körper getragen werden, für Ruhe sorgen. Es ist ein Testlauf, der zunächst für drei Monate angelegt ist - und für heftige Kontroversen sorgt.

Die Idee: Lehrer halten Verfehlungen im Video fest, um dann die Schüler - oder auch deren Eltern - damit zu konfrontieren und Missetäter zur Rechenschaft zu ziehen. So sollen die Schüler abgeschreckt werden, sich überhaupt danebenzubenehmen.

"Lehrer haben die Nase voll davon, dass sie nicht mehr unterrichten können", sagte Tom Ellis, Mitarbeiter des Instituts für Strafjustiz an der Universität Plymouth, dem "Guardian". Er begleitet das Pilotprojekt als Wissenschaftler - und hatte sich auch schon für den Einsatz von Bodycams bei britischen Polizisten eingesetzt.

Die Lehrer würden die Kameras sehr offen tragen, sagte Ellis dem Sender BBC. Allerdings seien sie nicht die ganze Zeit angeschaltet. Die Pädagogen sollen selbst entscheiden, wann sie die Filmaufnahme starten.

In Großbritannien stößt die Aktion auf massive Skepsis. Daniel Nesbitt, Forschungsleiter bei der Organisation Big Brother Watch, warnte im "Guardian", mit dem Einsatz der Bodycams bestünde das Risiko, dass "Lehrer zu Schnüfflern werden". Das Ganze wirke wie eine völlig überzogene Reaktion auf ein jahrhundertealtes Problem.

In einer Umfrage des Times Educational Supplement die am Freitag veröffentlicht wurde, geben immerhin 38 Prozent von rund 600 befragten Lehrern an, sie seien bereit, eine Bodycam im Klassenzimmer zu tragen.

Die Idee sei verlockend, aber: "Ich würde niemals eine Kamera am Körper tragen, wenn ich in der Schule unterrichte", schreibt die Lehrerin Lola Okolosie in einem Artikel für den "Guardian". Der Lehrerberuf bestünde dann nur noch darin, Schüler beim Versagen zu erwischen.

"Die meisten Lehrer würden sich ein Instrument wünschen, um das schlechte Benehmen ihrer Schüler festzuhalten und dann zu erleben, wie sich der kleine Joshua windet, wenn man seinen beschämten Eltern zeigt, wie er mal wieder im Unterricht gequatscht hat", so Okolosie. Aber: "Kinder werden sich immer danebenbenehmen, das liegt in ihrer Natur. Das ist nervig, rechtfertigt aber nicht, sie einer ständigen Überwachung zu unterziehen."

Ein Lehrer aus Leeds wünscht sich dagegen die Bodycams für Lehrer. "Ich wurde schon angegriffen, während ich unterrichtet habe", sagte Tom Starkey dem Sender BBC. Eine Bodycam hätte nicht nur zeigen können, was passiert sei, sondern auch, was er hätte anders machen können.

**bayernkurier.de, 11.02.2017**

Warnung vor Ghettoisierung

Der Deutsche Philologenverband ist besorgt über den Erfolg der schulischen Integration von Flüchtlingskindern. Bei der Überführung der Kinder aus Willkommens-, Sprachlern- und Übergangsklassen in Regelschulen seien massive Probleme und Defizite zu verzeichnen. Die Flüchtlingskinder wechselten zudem meist an wenig nachgefragte Brennpunktschulen, wo es zu einer "Ghettoisierung" kommen könne.

Sehr besorgt hat sich der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, über den Erfolg der schulischen Integration von Flüchtlingskindern geäußert. Anlässlich einer Vorstandssitzung in Nürnberg betonte er: „Die Politik glaubt, mit der Neubildung von Tausenden von Klassen und der Einstellung von 13.000 Lehrkräften ihre Hausaufgaben gemacht zu haben und auch in der Öffentlichkeit spielt das Thema nicht mehr die Rolle wie vor einem Jahr. Vor Ort zeigt sich aber, dass jetzt bei der zweiten Stufe der Integration, der Überführung der Kinder aus Willkommens-, Sprachlern- und Übergangsklassen in Regelschulen massive Probleme und Defizite zu verzeichnen sind! Grundsätzlich gebe es für diese Mammutaufgabe zu wenig staatliche Unterstützung!“

Massive Defizite

Aufgrund der vielen Rückmeldungen von betroffenen Lehrkräften und Schulleitungen müsse davon ausgegangen werden, dass die Sprachkenntnisse und Lernergebnisse der jetzt an die Regelschulen wechselnden Kinder oftmals nicht ausreichen, um dort problemlos den Anschluss zu finden. Außerdem zeige sich, dass Flüchtlingskinder vor allem in Ballungsgebieten vorrangig an wenig nachgefragte Brennpunktschulen wechselten, die noch freie Kapazitäten aufwiesen.

 „Dadurch verschärft sich vielerorts die soziale und ethnische Segregation, von der wir wissen, dass sie Gift sowohl für die erfolgreiche schulische als auch für die soziale Integration ist! Es droht eine Ghettoisierung im Schulsystem, die leider häufig die Vorstufe zu einer Ghettoisierung in der Gesellschaft ist!“, betonte der Verbandschef. Die Folgen, schlechte Ergebnisse bei schulischen Abschlüssen und mangelnde Chancen auf dem Arbeitsmarkt würden sich zwar erst in Jahren zeigen, seien aber dann kaum mehr korrigierbar, so Meidinger weiter.

Größere Anstrengungen notwendig

Der Verbandschef verwies unter anderem auf eine neue Studie aus Berlin, die deutlich vor einem Scheitern des bisherigen Integrationsmodells gewarnt habe. Der DPhV fordert deshalb alle Bundesländer dringend dazu auf, die Lehrkräfte bei der Integration von Flüchtlingskindern an den aufnehmenden Regelschulen viel stärker als bisher zu unterstützen, personell, durch Doppelbesetzungen, aber auch durch Entlastungsstunden. Darüber hinaus müssen die Bundesländer größere Anstrengungen unternehmen, der zunehmenden Segregation im Bildungswesen gegenzusteuern. Ferner sei es notwendig, auch weiterführenden Schulen wie Gymnasien mehr Möglichkeiten zu geben, Flüchtlingskinder speziell zu fördern. Das sei bislang leider nur in wenigen Bundesländern der Fall.

 „Insgesamt sei jetzt nochmals eine große finanzielle Kraftanstrengung von Bund und Ländern notwendig, um den zweiten Schritt der schulischen Integration erfolgreich zu bewältigen“, sagte Meidinger.

**wiwo.de, 12.02.2017**

KOLUMNE

Knauß kontert

Eltern, lasst eure Schulkinder laufen

Kolumne von Ferdinand Knauß

Absurde Verhältnisse vor deutschen Schulen: Elterntaxis vertreiben Schülerlotsen und gefährden Kinder. Selbst der ADAC fordert, dass Schüler endlich wieder zu Fuß gehen sollen.

In den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten hat sich in Deutschland etwas grundlegend verändert. Nein, hier ist ausnahmsweise mal nicht von der großen Politik die Rede. Sondern von einem allmorgendlichen Phänomen, das vielleicht mehr über den Zustand dieses Landes sagt als manche Nachricht aus Bundestag oder Kanzleramt: Die Kinder, also künftige Bürger dieses Landes, gehen nicht mehr zu Fuß zur Schule.

Mütter und Väter schulpflichtiger Kinder werden das wissen und alle anderen Menschen, die morgens gegen acht Uhr an Schulen vorbeikommen auch. Da herrscht nämlich deutschlandweit allmorgendlich ein Stau von „Elterntaxis“, der umso größer ist, je wohlhabender und daher hochmotorisierter die Eltern der dort unterrichteten Schüler sind.

Der ADAC steht nicht gerade im Verdacht, Auto-feindlich zu sein. Doch seit einiger Zeit fordert selbst die älteste organisierte Interessenvertretung der deutschen Autofahrer zur Umkehr auf. Das Elterntaxi sei zwar gut gemeint aber ein Risiko. Verkehrspolizisten, die bei Informationsveranstaltungen für Eltern künftiger Grundschüler stets dabei sind, warnen ebenso: Die schlimmen Unfälle von Schulkindern passieren nicht auf dem Schulweg zu Fuß, sondern unmittelbar vor den Schulen – durch die Autos der chauffierenden Eltern!

Das Deutsche Kinderhilfswerk und der ökologische Verkehrsclub VCD prangern seit einigen Jahren schon die Elterntaxis an. Sie veranstalten zum Beginn des nächsten Schuljahres vom 18. September bis 29. September 2017 die Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“, um zu zeigen, „wie positiv die Auswirkungen des Laufens und Radelns sind und dass es geht – auch in der Großstadt“. Offenbar wissen das viele Eltern nicht.

Kinderhilfswerk und VCD haben in diesem Jahr außerdem von der Berliner Verkehrssenatorin Regine Günther gefordert, „dem wachsenden und gefährlicher werdenden Autoverkehr vor vielen Schulen entgegenzutreten.“ Denn die chauffierenden Eltern haben in Berlin immer wieder die Anweisungen von Schülerlotsen missachtet, die dafür da sind, zu Fuß zur Schule gehenden Kindern den Übergang über viel befahrene Straßen zu erleichtern.

„Die Probleme mit rücksichtslosen Autofahrerinnen und Autofahrern“, sagt Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes, die zum Abzug der Schülerlotsen vor Berliner Schulen geführt haben, müssen schnell gelöst werden.“ Wenn Appelle und Aufkläre nicht wirkten, müssten Halteverbotszonen und Tempobeschränkungen eingerichtet werden. Hofmann fordert „polizeiliche Präsenz“.

Kutschieren als Geltungsphänomen

Man muss sich das bewusst machen: Polizisten sollen Kinder schützen, und zwar vor Eltern, die diese fahren, weil sie sie – vermutlich – vor irgendetwas schützen wollen. Absurder geht’s kaum.

Irgendwann in der jüngeren Vergangenheit scheint etwas gekippt zu sein. Wer, wie der Autor, in den frühen 1980er Jahren oder davor Grundschüler war, wird sich erinnern, dass damals noch fast alle Schüler, auch Grundschüler zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kamen– meist in kleinen Grüppchen, aber oft auch alleine. Obwohl die Deutschen schon vollmotorisiert waren, war es ein höchst seltenes Privileg, von Mutter oder Vater gefahren zu werden.

Doch dann wurde offenbar das Verhalten der Minderheit zum Verhalten der Mehrheit. Wie ist das zu erklären?

Bei Eltern scheint sich in wenigen Jahrzehnten oder gar nur Jahren eine völlig übertriebene Angst um ihre Kinder ausgebreitet zu haben. Möglicherweise ist die durch das allgemein steigende Empfinden der Unsicherheit und der Furcht vor Kriminalität in jüngster Zeit noch angeheizt worden. Solche Angst ist außerdem ansteckend und selbstverstärkend: Wenn andere Schüler kutschiert werden, weil deren Eltern um das Wohl der Kinder zwischen Haus und Schule fürchten, bekommen nicht kutschierende Eltern leicht ein schlechtes Gewissen.

Oder ist das Elterntaxi einfach nur ein Nachahmungsphänomen? Soziologen würden das der „Theorie der feinen Leute“ von Thorstein Veblen entsprechend so erklären: Früher kutschierten nur die Reichen ihre Kinder, sei es aus sozialem Dünkel oder um sie vor Entführungen zu schützen. Weil nun aber die Konsumgewohnheiten und Sitten der „feinen Leute“ bekanntermaßen Vorbildcharakter für die nicht ganz so feinen Leute haben, folgen ihnen allmählich die anderen Eltern, um zu signalisieren, dass sie ebenfalls zu den Bessergestellten gehören. Irgendwann in den vergangenen Jahren war dann vermutlich in vielen Schul-Elternschaften eine Situation erreicht, dass diejenigen, die ihre Kinder weiterhin einfach laufen ließen, sich fast wie Asoziale fühlen mussten.

Vermutlich passen beide Erklärungen ganz gut zusammen: Die Kinder zur Schule zu fahren, dürfte ein „Geltungskonsum“ sein, der durch das Gefühl, sie dabei vor den Gefahren des Schulwegs zu schützen, zusätzlich noch mit einem guten Gewissen angereichert werden kann. Nur die Kinder, um die es eigentlich gehen sollte, haben gar nichts davon.

Sie werden um all die kleinen Abenteuer, Erlebnisse und Beobachtungen gebracht, die der althergebrachte Schulweg zu bieten hatte. Sie verlieren aber auch die Selbstsicherheit, die man – eigentlich banal, aber offenbar nicht selbstverständlich – nur durch selbstständig zurückgelegte Wege erlangt.

**hna.de, 13.02.2017**

"Konzept muss noch detailliert ausgearbeitet werden"

Interview mit Kultusminister Lorz zum Lehrermangel in Hessen

Werra-Meißner. Pensionierte Lehrer sollen im Schuldienst bleiben. Mit dieser Initiative hat Kultusminister  Lorz für Entrüstung gesorgt. Im Interview erklärt er seinen Vorschlag.

Kultusminister Alexander Lorz hat mit seiner Initiative, pensionierte Grundschul- oder Förderschullehrer, die pensioniert sind oder kurz davor stehen, im Schuldienst zu halten, für Entrüstung bei der Lehrergewerkschaft gesorgt.

Im Interview erklärt der Kultusminister, wie seine Idee von Lehrern angenommen wird, wie der Bedarf an Pädagogen langfristig gedeckt werden soll und warum Prognosen so selten eintreffen.

Herr Lorz, vor drei Wochen haben Sie begonnen, die Lehrer, die sich rund zwei Jahre vor oder nach ihrer Pensionierung befinden, anzuschreiben, um sie im Schuldienst zu halten. Haben sich schon Lehrkräfte gemeldet?

Lorz: Ja, durchaus. Stand letzte Woche sind 309 Rückmeldungen eingegangen. Das sind über zehn Prozent Rücklauf auf unsere Anfragen. So wie wir uns das vorgestellt hatten.

Sind die Lehrer, die auf ihren Aufruf geantwortet haben, alle einverstanden mit ihrem Vorschlag?

Lorz: Alle natürlich nicht, der überwiegende Teil aber schon. Mit 263 Lehrern führen wir jetzt weitere Gespräche, wie wir sie in den Grundschulen einsetzen können. Sie wünschen sich unterschiedliche Stundenmodelle. Ein schönes Vorurteil wird damit auch widerlegt: Viele der Lehrkräfte sitzen ihre letzten Jahre vor der Pensionierung nicht einfach ab. Sie brennen weiter für ihren Beruf.

Warum müssen Sie sich der altgedienten Kollegen bedienen? Gibt der Markt keine jungen Lehrkräfte mehr her?

Lorz: Der Markt ist zurzeit wie leergefegt. Der Lehrerbedarf ist in ganz Deutschland zurzeit hoch. Aufgrund verschiedener Prognosen wurde Lehramtsstudenten in den Jahren 2010/2011 in Hessen nicht dazu geraten, Grundschullehramt zu studieren. Die fehlen jetzt. Die Einstellungschancen waren damals außerdem schlecht. Viele Lehrer wanderten zu der Zeit in die Nachbar-Bundesländer ab.

Bei den Grund- und Förderschullehrern gibt es einen Fehlbedarf, bei Gymnasiallehrern Überbedarf. Kann das Kultusministerium die Abdeckung nicht langfristig steuern?

Lorz: Nein, das ist nicht möglich. Wir haben ein Grundproblem: Die Prognosen sind für die nächsten fünf bis sieben Jahre ausgelegt und nicht zuverlässig. Die Prognosen von 2011 haben nichts mehr mit der Realität zu tun. Studienneigung oder die Zuwanderung waren damals beispielsweise nicht absehbar.

Eine weitere Idee von Ihnen ist, die Gymnasiallehrer ohne Planstelle für die Grund- und Förderschulen einzusetzen?

Lorz: Dieses Konzept muss noch detailliert ausgearbeitet werden. Es ist aber angedacht, den Gymnasiallehrern, die keine realistische Chance auf eine Festanstellung haben, die Grundschulen mit einer zugesicherten Planstelle schmackhaft zu machen.

Wie sehen die Prognosen für die Grundschulen aus?

Lorz: Momentan - und das betone ich - momentan sehen wir keinen sinkenden Bedarf an Grundschullehrern. Für jeden ist eine Planstelle vorhanden - wenn vielleicht auch nicht an seiner Wunschschule. Referendaren geben wir zurzeit Einstellungszusagen.

Zur Person

Ralph Alexander Lorz  (51) wurde in Nürnberg geboren und studierte bis 1988 in Mainz Jura und Volkswirtschaftslehre. Nach dem juristischen Referendariat promovierte er 1992. Seinem USA-Aufenthalt schloss sich mit 34 Jahren seine Ernennung zum Professor an. Von 2007 war Lorz unter Roland Koch und später Volker Bouffier Staatssekretär für Wissenschaft und Kunst sowie für das Kultusministerium. 2014 wurde er Kultusminister. Lorz ist verheiratet und hat zwei Kinder.

**WirtschaftsWoche, 13.02.2017**

GASTBEITRAG

Bildungspolitik

Das bundesweite Zentralabitur ist eine Lachnummer

von Hans Peter Klein und Rainer Kaenders

Das Zentralabitur sollte für ein einheitlich hohes Niveau in allen Bundesländern sorgen. Schon vor seiner ersten Durchführung in diesem Jahr entpuppt es sich als ein weiterer Schritt des Niveauverlustes.

Schon Ende des letzten Jahrzehnts häuften sich die Beschwerden über die unterschiedlichen Anforderungen im Abitur der einzelnen Bundesländer. Die Kultusministerkonferenz sah sich unter Handlungsdruck gesetzt und beschloss bereits 2012 ein bundesweites Zentralabitur ab dem Jahre 2017.

Ziel sollte es sein, die teilweise erheblichen Unterschiede vor allem in den fachlichen Anforderungen der einzelnen Bundesländer nicht weiter auseinander driften zu lassen. Wegen der zunehmenden Zulassungsbeschränkungen fühlten sich Länder mit niedrigen Abiturientenquoten bei der Zulassung ihrer Absolventen massiv benachteiligt.

Die Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen erklärten sich in einer ersten Erprobungsphase dazu bereit, gemeinsame Aufgabenstellungen zu verwenden und Druck auf die Länder auszuüben, die sich diesem Vorhaben verweigern wollten. Schon bei Bekanntwerden der Modalitäten dieses „gemeinsamen Zentralabiturs“ tauchten erste Zweifel an dem Vorhaben auf, da man sich nur darauf einigen konnte, in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch jeweils nur eine Teilaufgabe von den Schülern der beteiligten Bundesländer gemeinsam bearbeiten zu lassen.

Auch für das kommende „bundesweite Zentralabitur“ 2017 gilt dieser Minimalkonsens. Die Herkunft der Aufgaben stammt dabei aus den Ländern selbst, die von einer Expertengruppe des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Berlin bearbeitet und modifiziert wurden. Aus diesem Pool, der nun auch das Fach Französisch enthält, können sich die einzelnen Bundesländer auf freiwilliger Basis bedienen.

Die Antwort aus einem der beteiligten Ministerien auf die Frage, ob nur Teilaufgaben aus dem Pool genommen würden, bestätigt diese Annahme: „Ja. Das liegt daran, dass in den Ländern verschiedene rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen vorliegen, die nicht ohne entsprechenden zeitlichen Vorlauf angeglichen werden können.“

Der eigentliche Sinn eines derartigen bundesweiten Zentralabiturs ist nicht mehr zu erkennen, selbst unter der Voraussetzung, dass diese Vorgaben einmal vereinheitlicht sein sollten. Die gesamte Abiturnote setzt sich nämlich zu zwei Drittel aus den Noten der "Qualifikationsphase" (früher Oberstufe) und zu einem Drittel aus der Abiturprüfung selbst zusammen.

Diese enthält je nach Bundesland neben drei oder vier schriftlichen Fächern auch ein oder zwei mündliche Fächer, die zudem noch in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gewichtet werden.

Das gesamte Zentralabitur beträgt also in der Regel kaum mehr als ein Viertel der Gesamtabiturnote. Nimmt ein Bundesland jetzt also nur eine Teilaufgabe aus dem gemeinsamen Aufgabenpool aus einem der vier beteiligten Fächer heraus, macht dieser Anteil nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtaufgabe aus, da diese je nach Bundesland eine unterschiedliche Anzahl an weiteren Teilaufgaben enthält und länderspezifisch auch noch unterschiedlich gewichtet wird. Noch viel geringer ist der prozentuale Anteil dieser Teilaufgabe am Zentralabitur und geradezu vernachlässigbar gering an der gesamten Abiturnote.

Diese Einschätzung wird durch eine weitere Mitteilung des Ministeriums bestätigt: „Rein mathematisch ist der jeweilige Prozentsatz somit in der Tat rudimentär. Es ist abzusehen, dass sich hier auch über die Nutzung des ländergemeinsamen Aufgabenpools keine tiefgreifende Änderung ergibt.“

Abiturienten können sich vor Mathematik drücken

Warum also so viel Aufwand um so wenig Gemeinsames, dass sich bei genauerem Hinsehen weiter minimiert? Da die Schüler in der Abiturprüfung verschiedene Aufgabenfelder abdecken müssen, werden sie selbst bei Entnahme von Aufgabenteilen aus allen vier Fächern maximal auf zwei Teilaufgaben aus dem Pool stoßen. Schließlich gibt es für die meisten im schriftlichen Zentralabitur einzubringenden Fächer in dem bisherigen Kanon des IQB noch gar keine Aufgaben.

Bezogen auf das Fach Mathematik, für das ja eigentlich verbindlich Bildungsstandards entwickelt wurden, gibt es zudem immer mehr Länder, die selbst den Minimalkonsens geschickt unterlaufen: Mathematik gehört da nicht mehr zum verpflichtenden Abiturkanon. Nicht nur in NRW können Schüler der Mathematik im gesamten Abitur komplett ausweichen. Indem sie beispielsweise im bilingualen Zweig die Leistungskurse Deutsch und Englisch wählen, dazu Erdkunde bilingual als drittes und Biologie als mündliches vierten Abiturfach. Sachsen-Anhalt hat gerade beschlossen, Mathematik aus dem verpflichtenden Kanon der Abiturprüfung ganz zu entfernen.

Erschwerend kommt hinzu, dass es im IQB mehrere Aufgabenpools gibt. Grund: Aufgrund der unterschiedlichen Ferienzeiten der Bundesländer ist eine zeitgleiche Bearbeitung nicht möglich. Für die Sprachen gibt es wohl zwei verschiedene Pools zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten, in Mathematik nur einen. Es wird also keinesfalls dazu kommen, dass die Schüler aller Bundesländer auch nur eine komplette Abituraufgabe, ja nicht einmal eine Teilaufgabe gemeinsam bearbeiten werden. Ob sich überhaupt alle Bundesländer und in welchem Umfang aus dem Aufgabenpool bedienen werden, ist derzeit wohl noch völlig offen. Man darf gespannt sein.

Auf die Frage nach dem Sinn dieser seltsamen Vorgehensweise antwortete ein Ministerium wie folgt: „Bei dem Einsatz von Prüfungsaufgaben aus dem zentralen Abituraufgabenpool geht es nicht in erster Linie um den prozentualen Anteil, den eine einzelne Aufgabe an dem Gesamtergebnis ausmacht, sondern um die normierende Wirkung der Poolaufgaben auf alle im Abitur der Länder eingesetzten Aufgaben“. Die Folgen dieser Normierung konnte man gerade in Hamburg eindrucksvoll nachvollziehen. Eine geschriebene Probeklausur im Fach Mathematik hat dort zu einem Erdbeben geführt: Da der Notendurchschnitt auf 3,9 drastisch gesunken war, entschied der Bildungssenator, alle erzielten Noten um eine ganze Note nach oben zu setzen. Er verordnete außerdem zusätzliche Stundenkontingente im Fach Mathematik zur Vorbereitung auf die kommenden Abiturprüfungen. Ein derartiger Frevel soll sich nicht wiederholen.

Schaut man sich nun die Probeklausur aus Hamburg an, ist man überrascht über die geringen Anforderungen: Sie besteht beim "grundlegenden Niveau" zunächst aus der Überprüfung einiger Definitionen der Oberstufe und der rechnerischen Verwendung elementarer Unter- und Mittelstufenkenntnisse. Für die erste „hilfsmittelfreie“ Aufgabe sollen Schüler Ableitungen skizzieren statt ausrechnen. Statt Integrieren sollen sie Kästchen zählen. Höhepunkt ist dann die Erkenntnis, dass der Graph einer Funktion um zwei Einheiten nach unten sackt, wenn beim zugehörigen Funktionsterm "2" subtrahiert wird.

Die Aufgabe zur Stochastik ist – wenn man von der einfachen Definition des Erwartungswertes als Summe von Produkten der beteiligten Zahlen absieht – eine Aufgabe für Neuntklässler, bei der ein paar fehlende Zahlen in einem Baumdiagramm mit zweimal zwei Verzweigungen unter Verwendung der Grundrechenarten ergänzt werden sollen. Auf erhöhtem Anforderungsniveau sind die Aufgaben ähnlich – mitunter kommt eine offensichtliche Umformung hinzu, über die frühere Leistungskursschüler nur geschmunzelt hätten.

Fachlicher Unsinn in der Mathematikklausur

Das einzige, was an der Klausur schwer ist, ist die mit dem Taschenrechner zu bearbeitende Modellierungsaufgabe, die sich in langen Texten mit einer unwirklichen Problematik beschäftigt. Es soll ein Planspiel betrachtet werden, bei dem die Welt so vorgestellt wird, wie die Experten derartiger Aufgabenstellungen sie gerne hätten. Es gibt nur auf einfachste Weise zu behandelnde Funktionstypen, die vorgegeben werden. Die Abiturienten können existentielle Entscheidungen über die Ernährung der Bevölkerung fällen, indem sie Funktionswerte der Größe nach vergleichen.

Das Modell ist so angelegt, dass man eigentlich nie wirklich rechnen muss. Zur Sicherheit werden aber trotzdem – selbst auf erhöhtem Anforderungsniveau – noch Funktionswerte oder Ableitungen dieser einfachen Funktionen vorgegeben. Die in der Aufgabe vorgegebene Pseudomodellierung nimmt einen großen Teil der Klausur ein und ist so konstruiert, dass man allerdings die verschiedenen Zutaten des Kontextes leicht durcheinander werfen kann. So sollte man unbedingt die Worte „zulässige Einwohnerzahl“ von „tatsächliche Einwohnerzahl“ auseinanderhalten. Es handelt sich hier nicht einmal propädeutisch um eine Anwendung von Mathematik, sondern um fachlichen Unsinn, der für nichts gut ist. Solche eine Aufgabe unterläuft die von den Hochschulen eingeforderte Mathematik komplett.

Fazit: Die verwendeten Operatoren behaupten eine fachliche Auseinandersetzung mit den Inhalten, sind aber nur Hinweise auf die kompetenzkonditionierten Lösungsschemata und möglichen Taschenrechnergebrauch. Für die Entwicklung eines mathematischen Verständnisses völlig kontraproduktiv ist die Vielzahl der Aufgaben, die auch von den Schülern vehement kritisiert wurde. Mathematik ist kein Blitzschach, das sollte sich auch schon bis ins IQB herum gesprochen haben. Die normierende Wirkung derartiger Aufgabentypen verstärkt die Katastrophe, da nunmehr der bisher in einigen Bundesländern zumindest noch ansatzweise vorhandenen Fachlichkeit der finale Garaus gemacht wird.

Es ist schon mehr als verwunderlich, dass sich in Hamburg noch jemand darüber aufregt, dass der nicht nur dort auf die Schienen gesetzte Kompetenzzug mittlerweile eine Schneise der Verwüstung insbesondere an grundlegendem Basiswissen hinterlässt, und das längst nicht nur in Mathematik. Ein Lehrer in Hamburg kommentierte die Vorgänge dort wie folgt: „Erst wird durch die zwangsverordnete Kompetenzorientierung verhindert, dass die Schüler etwas lernen, dann versuchen die Verantwortlichen, die Spuren durch Notendumping zu verwischen. Das Abitur wird weiter in Richtung Lachnummer entwertet. Ein erbärmliches Schauspiel. Leider sitzen die schlimmsten Feinde der Bildung an der Spitze der zuständigen Behörden und Fortbildungsanstalten. Die Fixierung auf Ranking und Marktwert zerstört nicht nur die Grundlagen einer freien Bildung, sondern führt auch konsequent zum Betrug.“

**suedkurier.de, 14.02.2017**

Internet: Mobbing gegen Lehrer

An der Theodor-Heuss-Realschule in Lörrach kam es zu einem schweren Fall von Internet-Mobbing

Lörrach (gtr) Zu einem schweren Fall von Internet-Mobbing ist es an der Theodor-Heuss-Realschule (THR) in Lörrach gekommen. Laut eines Elternbriefs, den die Schule vergangene Woche versandte, sei es auf einer öffentlichen Instagram-Seite gegenüber Lehrerinnen und Lehrern der Schule zu Beleidigungen, Verleumdungen und sexistischen Äußerungen gekommen sei: „In einigen Fällen kann man auch von Rufmord sprechen.“ Instagram ist ein Onlinedienst zum Teilen von Fotos und Videos. Die Polizei sei informiert, es werde Strafanzeige gestellt. Man werde den Kontakt zu denjenigen Schülerinnen und Schülern suchen, die als Urheber identifiziert werden konnten, und mit ihnen gemeinsame Gespräche führen. Die Schule setze auf gemeinsame Kommunikation und biete viele Hilfssysteme an, um Lösungen in schwierigen Situationen zu finden: „Wir sind sicher, dass es nicht nötig ist, seinen Ärger oder sonstige Gefühle auf diese Art und Weise auszudrücken.“ Gegenüber dieser Zeitung wollte sich die Schulleitung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu den Vorfällen äußern.

**faz.net 17.02.2017**

In allen Schulformen: Bildungsexpertin für Berichte statt Schulnoten

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft will die Schulnoten abschaffen. Es gebe bessere Bewertungsarten, das sei auch wissenschaftlich bewiesen. Kritik folgt prompt.

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe, hat sich für die Abschaffung von Schulnoten ausgesprochen. „Zensuren sind nicht objektiv. Wir müssen weg von den Noten, hin zu individuellen Berichten, weil sie den persönlichen Lernfortschritten der Kinder viel gerechter werden“, sagte sie der Bild-Zeitung. Tepe betonte, der Verzicht auf Noten sollte „nicht nur in Grundschulen, sondern in allen Schultypen praktiziert werden“. Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass Berichte besser seien.

Die Schüler in Deutschland hatten bei den jüngsten internationalen Vergleichstest relativ mäßig abgeschnitten. Die Präsidentin des Bayrischen Lehrerverbandes (BLLV), Simone Fleischmann, sprach sich ebenfalls dafür aus, Schulnoten auch in höheren Klassenstufen durch Lernentwicklungsgespräche zu ersetzen, weil dies motivierender sei. „Wir müssen umdenken in unserem Bildungssystem, dazu brauchen wir eine umfassende Bewertung von Menschen“, sagte Fleischmann der Zeitung. Kritik kam dagegen von der Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz (KMK), Susanne Eisenmann (CDU): „Schule muss leistungsorientiert sein. Deshalb gehören auch Noten zur Leistungsmessung dazu.“

Eine große Mehrheit der Deutschen stimmt Eisenmann zu. Einer Umfrage des Kölner Meinungsforschungsinstituts YouGov vom vergangenen September zufolge halten drei von vier Deutschen Schulnoten weiterhin für sinnvoll - im Osten (81 Prozent) sogar noch mehr als im Westen (74 Prozent). Dass Schüler bei miesen Leistungen sitzenbleiben müssen, finden mehr als 80 Prozent richtig - für 33 Prozent ist das Wiederholen einer Klasse „sehr sinnvoll“, für 48 Prozent immerhin noch „eher sinnvoll“.

**wz.de, 17.02.2017**

MEINUNG

Kommentar: Noten in der Schule? Lassen wir es, wie es ist!

Von Olaf Kupfer

Ein Schulalltag ohne Noten, dafür mit individuellen Berichten über den jeweiligen Lernfortschritt, persönliche Begabungen, womöglich auch über die charakterlichen Eignungen des Schülers – ist das die künftige Lösung von der ersten Klasse bis spätestens zum Abitur? Bitte nicht. Wenn die Schule auf das Leben vorbereitet, wie der Volksmund sagt, dann ist es auch Aufgabe der Lehranstalt, Schüler auf Wettbewerb und Vergleichbarkeit vorzubereiten – so plagend das für Beteiligte im Einzelfall auch sein mag. Schule im Elfenbeinturm inmitten einer Leistungsgesellschaft – das wäre wirklich der falsche Ansatz.

Natürlich können auch Persönlichkeitsanalysen Vergleichbarkeit leisten, aber eben sehr viel umständlicher. Nicht umsonst hat sich Schule auf einen ständig überprüfbaren Katalog von Standards geeinigt, an denen Leistung definiert und über eine Note Vergleichbarkeit hergestellt wird. In diesem bestehenden System von fixen Anforderungen jetzt von Noten auf Persönlichkeitsanalysen umzustellen, hat wenig Sinn. Dafür müsste Schule vielmehr ganz neu gedacht werden. Das ist ein Ansatz, aber darum geht es in dieser Debatte selbst der Gewerkschaft nicht.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Der Katalog muss fortlaufend dahingehend überprüft werden, ob er angemessen auf individuelle Fähigkeiten eines Schülers reagieren und diese eben auch in die Bewertung einfließen lassen kann. Denn das ist der gewichtigste Vorwurf der Anti-Noten-Fraktion: dass man mit Noten den individuellen Stärken eines Schülers nicht gerecht würde. Ja, warum denn bitte nicht, wenn der Bewertungsmaßstab stimmt?

Gewiss: Noten sind manchmal leider auch subjektiv, mal ungerecht, aber in der Hauptsache sind sie: Konsens – und werden viel weniger von den Beteiligten hinterfragt, als es manche Gewerkschaft glauben machen will. Vieles baut auf ihnen auf: Die Auswahl der Unternehmen, die Zulassung zu Studienfächern. Wer wollte sich als künftiger Arbeitgeber durch bergeweise schriftliche Beurteilungen kämpfen, in denen sprachlich manches geglättet sein dürfte, was eine Note sehr viel definitiver vermitteln kann? Abermillionen sind durch eine harte Schule gegangen, gepflastert mit Noten. Viele davon haben daraus Motivation geschöpft, mancher mag zeitweise daran verzweifelt sein, die meisten von ihnen haben sich aber wieder nach vorne gekämpft. Kurzum: Lassen wir es, wie es ist!

**deutschlandfunk.de, 17.02.2017**

Schulnoten - abschaffen oder nicht?"Keiner hat die Illusion, dass Noten ein absolut gerechtes System sind"

Heinz-Peter Meidinger ist gegen den Vorschlag, Schulnoten abzuschaffen. Auch wenn Noten nicht immer gerecht seien, gebe es nach wie vor keine Alternative, sagte der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands im DLF. Lernstandsberichte seien zwar eine sinnvolle Ergänzung, könnten aber die Prägnanz von Noten nicht ersetzten.

Heinz-Peter Meidinger im Gespräch mit Michael Böddeker

Michael Böddeker: Schulnoten sind nicht mehr zeitgemäß – so sieht das zumindest die Vorsitzende der Lehrergewerkschaft GEW Marlis Tepe in einem heute erschienen Zeitungsbericht. Individuelle Berichte über den Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler seien besser und vor allem gerechter, und das nicht nur etwa in der Grundschule, sondern in allen Schultypen. So sieht das auch der Bayrische Lehrerverband: Entwicklungsgespräche seien motivierender als Noten hieß es da. Über das Thema habe ich mit Heinz-Peter Meidinger gesprochen, dem Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbands. Die Frage: Was halten Sie von der Idee, Schulnoten abzuschaffen?

Heinz-Peter Meidinger: Wenn ich ehrlich bin, gar nichts.

Böddeker: Warum?

Meidinger: Weil es nach wie vor keine Alternative gibt, die tatsächlich die Vorteile von Schulnoten zu ersetzen vermag, nämlich eine individuelle Rückmeldung über den Leistungsstand zu geben, die kurz, prägnant und sofort einschätzbar ist.

Böddeker: Aber eine Einschätzung könnte man doch auch in schriftlicher Form geben, so wie es jetzt auch vorgeschlagen wird, nämlich mit einem Lernstandsbericht.

Meidinger: Das ist richtig, und das wird ja auch insbesondere in den Anfangsjahren der Grundschulen gemacht, wobei wir halt dann auch ziemlich bald die Nachteile dieser Lernstandsberichte sehen, die ich als Ergänzung durchaus für sinnvoll halte, aber eben nicht als Ersatz, nämlich dass sie vielfach schwer verständlich sind, dass sie sowohl von Eltern wie von Schülern immer Nachfragen provozieren, ja, was heißt, wo stehe ich denn. Also kurzum: Lernstandsbericht leistet das, was Noten leisten – nämlich eine Rückmeldung zu geben, wo ich stehe in der Klasse, stehe ich im oberen Drittel, im mittleren Drittel, habe ich Defizite –, eigentlich nicht leisten können.

Böddeker: Andererseits so eine Schulnote, also eine blanke Ziffer, das ist ja schon auch eine gewisse Reduktion, also wäre vielleicht eine Kombination von beidem das, was Sie sich vorstellen könnten?

Meidinger: Also es ist immer die Frage auch, welcher Aufwand möglich, notwendig und dann auch nützlich ist. Ich glaube ja, dass nach meinen Erfahrungen sowohl Eltern als auch Schüler sehr genau und sehr pragmatisch einschätzen können, was Noten leisten können und was nicht. Das heißt, keiner hat die Illusion, dass Noten ein absolut gerechtes System sind. Keiner hat die Einstellung, dass Noten Werturteile bedeuten. Schüler selber, wenn sie eine schlechte Note bekommen, können meistens auch gut einschätzen, woran das gelegen hat und was sie tun müssen. Wobei dabei müssen natürlich die Lehrkräfte helfen.

Böddeker: Aber können Schüler das tatsächlich so gut einschätzen, vor allem Grundschüler können ja doch sehr demotiviert werden, wenn sie ein schlechte Note bekommen. Wäre es also vielleicht zumindest für Grundschulen sinnvoll, noch auch Noten zu verzichten?

Meidinger: Also ich bin durchaus dafür, dass man im ersten Schuljahr und vielleicht auch noch in der ersten Hälfte des zweiten Schuljahres auf Noten verzichtet, in dem Augenblick, wo es dann in die Nähe auch des Übertrittstermins geht, und da würde ich im Grunde genommen auch die dritte Jahrgangsstufe schon dazuzählen, weil man kann nicht einfach kurz vorm Übertritt mit den Noten anfangen, da halte ich dann ein Notensystem für besser. Es ist übrigens auch so, dass sich Schülerinnen und Schüler auf die ersten Noten ganz besonders freuen. Also mir wird immer berichtet aus den Grundschulen, wie immer die Nachfrage kommt in der zweiten Klasse, wann kriege ich denn endlich Noten, und man darf ja auch nicht vergessen, 80 Prozent der Noten sind gut, befriedigende oder sehr gute Noten, also man darf nicht nur immer das Bild malen von den schlechten Noten.

"Leider noch kein einheitliches Bewertungssystem"

Böddeker: Aber Sie haben ja eben auch schon gesagt, keiner hat die Illusion, dass es ein komplett gerechtes System ist, und einige Ungerechtigkeiten kann man ja auch einfach festhalten. Zum Beispiel gibt es bei den Abiturnoten Unterschiede von Bundesland zu Bundesland. Wie könnte man das denn vielleicht beheben das Problem?

Meidinger: Das mit den Abiturnoten ist wirklich ein gutes Beispiel, weil es einerseits die Defizite zeigt, dass wir tatsächlich über die verschiedenen Bundesländer hinweg leider noch kein einheitliches Bewertungssystem, auch keine einheitlichen Aufgabenstellungen haben. Wir sind gerade dabei, da mit anzufangen, länderübergreifende Aufgabenteile zu formulieren, aber auf der anderen Seite auch die Abiturdurchschnittsnote nach alle Studien, die wir kennen, immer noch die größte Prognosefähigkeit hat über ein später erfolgreich abgeschlossenes Studium. Das heißt, eine Einzelnote mag mal ungerecht sein, insgesamt gesehen mittelt sich das aus und hat doch einen hohen Prognosewert.

Böddeker: Aber zumindest die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland sind ja unfair für denjenigen, der in einem Bundesland sich befindet, in dem er anders benotet wird, also schlechter.

Meidinger: Also das beglaubige ich auch schon seit Langem. Der Philologenverband ist einer der heftigsten Mahner, endlich hier für mehr Vergleichbarkeit zu sorgen. Es geht vor allem darum, Vergleichbarkeit auch nicht auf Kosten der Qualität herzustellen, und da stecken wir tatsächlich in den Anfängen. Ich habe die Hoffnung, dass wir hier noch einige Schritte weiterkommen, weil die Alternative ist auch klar: Wenn die Abiturdurchschnittsnote weiter ungerecht bleibt zwischen den Ländern, dann wird irgendwann der Ruf nach Hochschuleingangsprüfungen erfolgen, und die werden meines Erachtens noch ungerechter sein.

**HAZ 18.02.2017**

Ein wichtiges Signal für die pädagogische Freiheit - lehrer nrw begrüßt Freispruch für den Lehrer Phillip Parusel.

17.02.2017. Das Urteil im Prozess gegen den Lehrer Phillip Parusel ist das einzig richtige. „Alles andere als ein Freispruch wäre ein verheerendes Signal für die Autorität der Lehrkräfte gegenüber Schülern sowie für die pädagogische Freiheit. Es darf nicht sein, dass Lehrkräfte befürchten müssen, vor ein Gericht gezerrt zu werden, wenn sie eine unpopuläre pädagogische Entscheidung treffen. Daher ist es gut, dass das Landgericht Düsseldorf heute mit seinem Urteil ein Zeichen gesetzt hat“, erklärt die lehrer nrw-Vorsitzende Brigitte Balbach. Das Gericht hat sich der Argumentation des Strafverteidigers Andreas Vorster angeschlossen, wonach im Verhalten von Phillip Parusel weder eine Freiheitsberaubung noch eine Körperverletzung zu erkennen ist. lehrer nrw begrüßt sehr, dass das erstinstanzliche, hochgradig fragwürdige Urteil des Amtsgerichts Neuss (Verwarnung mit Strafvorbehalt) damit revidiert ist. Es bleibt festzuhalten, dass der Lehrer eine Unterrichtsstunde beendet und nicht der Gong. „Der Freispruch ist ein wichtiges Signal für die pädagogische Freiheit, die das Herzstück des Lehrerberufs ist“, betont Balbach. „Wohlgemerkt: Pädagogische Freiheit heißt nicht, dass der Lehrer machen kann, was er will. Er muss mit dieser pädagogischen Freiheit verantwortungsbewusst umgehen und Entscheidungen treffen, die der jeweiligen Situation angemessen sind. Dafür sind Lehrkräfte ausgebildet. Und das funktioniert im schulischen Alltag im Großen und Ganzen sehr gut.“

\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*

Nachsitzen bleibt straffrei - Gericht urteilt: Musikunterricht ist keine Freiheitsberaubung - VON FRANK CHRISTIANSEN

Düsseldorf. „Das wäre für alle Lehrer ein Super-GAU geworden“, sagt die Vorsitzende des Verbandes Lehrer NRW, Brigitte Balbach. Doch Musiklehrer Phillip Parusel (50) und seine Zehntausenden Lehrerkollegen können aufatmen. Wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung hatte der Pädagoge lange auf der Anklagebank ausharren müssen. Doch am Freitag sprach ihn das Düsseldorfer Landgericht in der Berufung frei.

Eine Unterrichtsstunde über den „Teufelsgeiger“ Paganini brachte Parusel juristisch in Teufels Küche. Die Klasse 6 b war laut und sollte deswegen den Wikipedia-Eintrag über Paganini abschreiben. Am Ende der Stunde wollte Parusel die Abschriften einzeln kontrollieren, setzte sich dazu in die Tür, schob einen Drängler zurück, der später über Schmerzen nach einem Stoß in die Magengrube klagt.

Da wählte ein Schüler per Handy den Polizei-Notruf. In der Klasse drehe ein Lehrer durch – Schüler würden geschlagen und gegen ihren Willen festgehalten. Die Polizei tauchte auf, der Schulleiter eilte herbei. Parusel saß noch in der Tür, die Gitarre quer auf dem Schoß, eine Handvoll Schüler war noch im Raum. „Ich hätte es nicht für möglich gehalten, aber der Schüler hat einen Stein ins Rollen gebracht, der mich auf diese Anklagebank geschleudert hat“, sagt Parusel. Und es kam für ihn noch dicker: In erster Instanz wurde er vom Amtsgericht Neuss sogar wegen Freiheitsberaubung schuldig gesprochen und verurteilt, auch wenn es statt Strafe nur eine Verwarnung gibt.

So erleichtert er am Freitag nach dem Freispruch ist, hat die Sache für ihn einen Nachgeschmack: „Ich habe mein Vertrauen in Staatsanwaltschaft und Polizei ein wenig verloren. Wir haben die Aufgabe, den Schülern Grenzen aufzuzeigen. Wenn man dabei von offizieller Seite demontiert wird, wird das sehr erschwert“, sagt Parusel. Bis vor Kurzem habe er den Lehrerberuf noch jedem empfohlen. Da sei er nun vorsichtiger. „Alle Welt sagt uns, wie wir es besser machen können, aber keiner kommt und macht es vor.“

**strafakte.de, 20.02.2017**

Freiheitsberaubung durch Nachsitzen und Sozialadäquanz

Darf heute ein Lehrer Schüler noch „nachsitzen“ lassen? Wo hört zulässige Disziplinierung auf und wo fängt Freiheitsberaubung an? Das sind eigentlich Fragen, die in einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung geklärt werden sollten und nicht vor Gericht.

Dennoch hatte sich im vergangen Jahr ein Musiklehrer einer Realschule in Nordrhein-Westfalen vor dem Amtsgericht Neuss zu verantworten, die Schüler einer sechsten Klasse einen Wikipedia-Eintrag über Niccolò Paganini abschreiben und erst nach Abgabe der Arbeit aus dem Unterricht entlassen zu haben. Der Lehrer habe sich demonstrativ mit einem Stuhl und einer Gitarre auf den Knien in den Türrahmen gesetzt, um so den Ausgang zu versperren. Ein Schüler hatte per Handy die Polizei gerufen und außerdem behauptet, der Lehrer habe einen Schüler geboxt. Der Vorwurf der Körperverletzung erwies sich als nicht haltbar, aber wegen der angeblichen Freiheitsberaubung verwarnte der Strafrichter den Lehrer mit Strafvorbehalt und warmen Worten: Zwar habe der Richter „volles Verständnis“ für den schwierigen Job des Lehrers – dessen ungeachtet erteilte das Gericht ihm die Auflage, sich im Umgang mit undisziplinierten Schülern fortzubilden, andernfalls drohe eine Geldstrafe in Höhe von 1.000 Euro.

Der Musiklehrer ging gegen das Urteil des Amtsgerichts in Berufung und wurde am Freitag vom Landgericht Düsseldorf aus tatsächlichen Gründen freigesprochen. Zuvor hatten die Richter vergeblich versucht, eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen und betont, der Sachverhalt sei „ungeeignet, von einem Strafgericht entschieden zu werden“. Einer Einstellung hatte sich die Staatsanwaltschaft aber verschlossen.

Sozialadäquanz der Freiheitsberaubung

Objektiv würde wohl eine Freiheitsberaubung vorliegen, wenn ein Lehrer seine Schüler einsperrt oder auf andere Weise der Freiheit beraubt, solange es sich nicht um eine ganz kurzfristige Beschränkung der Fortbewegungsfreiheit handelt. Die Tathandlung muss allerdings auch rechtswidrig sein, wobei es etwa bei Handlungen in Ausübung des Sorgerechts fehlen soll. Obwohl eine Mittel-Zweck-Relation wie bei der Nötigung hier keine Rolle spielt, so muss doch die Frage gestellt werden, ob sozial vertretbares Handeln auch tatbestandsmäßig sein soll. Einem Lehrer stehen heute kaum noch Mittel zur Disziplinierung zur Verfügung, sie sehen sich vielmehr hilflos der Respektlosigkeit ihrer Schüler gegenüber, die dank antiautoritären Erziehungsstils auch von ihren Eltern einen solchen Respekt nicht immer mehr vermittelt bekommen.

Die Grenze zwischen „gerade noch sozialadäquat“ und „schon rechtswidrig“ verläuft fließend. Dadurch wird der Lehrerberuf mangels Rechtssicherheit quasi zur gefahrgeneigten Tätigkeit, sofern Mami und Papi gleich die „Keule“ des Strafrechts schwingen. Von den Staatsanwaltschaften wird man hingegen ein sensibles Gespür und das richtige Augenmaß verlangen dürfen.

**aerzteblatt.de, 20.02.2017**

Gebärdensprache soll Wahlfach in Hessen werden

Frankfurt am Main – Die Muttersprache Gehörloser wird mit den Händen gesprochen. An hessischen Schulen könnte Gebärdensprache bald auf dem Stundenplan stehen – auch für Hörende. Der hessische Landtag stimmt kommende Woche über die Einführung des Wahlfachs „Gebärdensprache“ ab. Für Dolmetscherin Kathrin-Maren Enders wäre das ein wichtiges Signal für echte Integration.

Dies könne die Kommunikation wesentlich erleichtern und Brücken zu gehörlosen Mitschülern bauen, sagt Enders. Inklusion heiße auch, einen Schritt auf die Gehör­losen zu­zugehen. „Die Gebärdensprache zu lernen, wäre da ein Schritt.“ Die 41-Jährige Schauspielerin arbeitet seit etwa einem Jahr als Dolmetscherin, begleitet gehörlose Men­schen bei Behördengängen und Arztterminen, im Hörsaal oder bei betrieblichen Verhandlungen.

Im Behindertengleichstellungsgesetz ist die Gebärdensprache bereits seit 2002 anerkannt, aber im täglichen Leben sieht Enders noch jede Menge Nachholbedarf. Dabei gebe es durchaus positive Signale, etwa eine wachsende Zahl gehörloser Schüler an Regel­schulen oder Universitäten.

Unterstützung für die Einführung gibt es auch vom Deutschen Lehrerverband und der Lehrergewerkschaft GEW. Die Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes Hessen, Edith Krippner-Grimme, äußerte jedoch Bedenken, ob es ausreichend Experten gibt und wie gut das Angebot von Schülern angenommen wird. Das Kultusministerium geht ebenfalls von einem nur begrenzten Interesse am Erlernen der Gebärdensprache aus, sieht darin aber keinen Grund, das Wahlfach nicht einzuführen.

In Hamburg wird die Gebärdensprache bereits seit vergangenem Sommer an mehreren Schulen als Wahlfach angeboten. Dabei könne gerade Hessen an eine frühere Vorreiterrolle anknüpfen, sagt Enders: „Hessen hat 1998 als erstes Bundesland die Gebärdensprache politisch anerkannt – da müsste es eigentlich weitermachen.“

Enders sieht für gehörlose Schüler an Regelschulen mehr Chancen als Herausforderungen. Denn an Gehörlosenschulen werde noch immer großer Wert auf Lippenlesen und Sprechenlernen gelegt – und so viel Zeit darauf verwandt, dass andere Unterrichtsfächer etwa im Vergleich zu Abschlüssen an Regelschulen zurückständen. Bildungsmängel führ­ten dann zu schlechteren beruflichen Chancen.

Auch im Alltag hält Enders Deutschland noch für ein Entwicklungsland bei der Integration Gehörloser: „Phoenix ist der einzige Sender, der bei den Nachrichten einen Gebärdendolmetscher einblendet.“ Untertitel seien „besser als nichts“, aber: „Die Schriftsprache ist für Gehörlose eine Fremdsprache.“

In anderen Ländern sei es ganz selbstverständlich, dass etwa bei wichtigen Ereignissen auch in die Gebärdensprache übersetzt wird. In den USA machten viele Polizisten einen Grundkurs in der Gebärdensprache, um sich zumindest grundsätzlich mit Gehörlosen verständigen zu können. Auch das Beispiel der polnischen Bahn, in den Großstädten an den Bahnhöfen Schalter einzurichten, an denen über eine Videoschalte ein Dolmetscher übersetzt und Fahrplanauskünfte, Wegbeschreibungen oder Hotelreservierungen ermöglicht, sei ihr in Deutschland noch nicht bekannt.

**news.de, 21.02.2017**

Mildes Urteil gegen Schnürsenkel-Würger

In Bad Pyrmont hat ein 14-Jähriger seinen Lehrer mit einem Schnürsenkel gewürgt. Das Landgericht verurteilte den Schüler wegen gefährlicher Körperverletzung. Das war passiert.

Weil ein Lehrer seinem Schüler das Handy während einer Klassenfahrt abgenommen, hat dieser dem Pädagogen aufgelauert und mit einem Schnürsenkel gewürgt. Der damals 14-Jährige wollte somit die Herausgabe des Handys erzwingen.

Lehrer nahm Schüler das Handy ab - der rastete aus

Auf einem Schulausflug kam es nach Filmaufnahmen mit dem Handy zu einem Streit zwischen Lehrer und Schüler. Der Klassenleiter nahm dem Teenager das Mobiltelefon ab und verwahrte es. Daraufhin lauerte der Jugendliche dem Pädagogen mit einem Schnürsenkel bewaffnet im Treppenhaus der Jugendherberge auf und griff von hinten an. Er legte den Schnürsenkel um den Hals des Lehrers und zog zu. Glücklicherweise erlitt der Angegriffene nur Würgemale und leichte Abwehrverletzungen.

Das Urteil für die Würge-Attacke

Das Landgericht Hannover verurteilte den mittlerweile 16-Jährigen zu einem sozialen Trainingskurs und sah von einer Jugendstrafe ab. Doch das war dem Jugendlichen offensichtlich zu hart und er legte Revision ein. Der Bundesgerichtshof allerdings bestätigte das Urteil des Landgerichtes. Dem Schüler konnte keine Tötungsabsicht nachgewiesen werden, aus diesem Grund fiel die Strafe noch recht glimpflich aus.

**op-marburg.de, 22.02.2017**

Landesregierung will keine Studie zur Lehrerbelastung

Die schwarz-grüne Landesregierung wird vorerst keine Studie in Auftrag geben, die die Arbeitsbelastung der hessischen Lehrer untersucht. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion wurde am Mittwoch vom Wiesbadener Landtag in den kulturpolitischen Ausschuss verwiesen.

Wiesbaden. Kultusminister Alexander Lorz (CDU) hatte zuvor erklärt, eine solche Studie würde zu einer "Scheinobjektivität" führen. Der SPD-Abgeordnete Lothar Quanz sagte, es gehe darum, sowohl die Entwicklung der Pflichtstunden für Lehrer als auch die Mehrkosten für Frühpensionierungen aufzuzeigen. Auch Belastungen etwa durch zusätzliche Aufgaben wie Inklusion und Integration könnten erkannt werden. Unterstützung kam von der FDP. "Es geht darum, die Situation an unseren Schulen objektiv darzustellen. Wovor haben Sie in der Koalition solche Angst, dass Sie das ablehnen?", fragte der FDP-Abgeordnete Wolfgang Greilich.

Armin Schwarz von der CDU-Fraktion unterstellte der SPD indes, dass es ihr vorrangig darum gehe, die "Stimmung schlecht zu machen". Daniel May von den Grünen sagte: "Wir reagieren auf die Herausforderungen in der Schule. Damit ist den Lehrern mehr gedient als mit einer großen Studie."

**nord24.de, 23.02.2017**

Kein Lehrer in der Klasse: Schüler verliert Fingerkuppen bei Rangelei

Bremerhaven. Bei einer Rangelei in einer unbeaufsichtigten Unterrichtsstunde hat ein Schüler des Lloyd Gymnasiums zwei Fingerkuppen verloren. Wegen eines kurzfristigen Lehrerausfalls waren die Achtklässler mit einer Stillarbeit betraut.

Die Eltern des verletzten Jungen, der seit dem Vorfall am 19. Januar krank geschrieben ist, haben Strafanzeige wegen Körperverletzung gestellt. Die CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Christine Schnittker sagt: „Das ist ein trauriger Höhepunkt des Lehrermangels. Jetzt kommen sogar schon Personen zu Schaden, weil Klassen unbetreut sind.“

Schüler geraten in Streit

Während der Stillarbeit waren am 19. Januar zwei Jungs in Streit geraten, einer hat sich bei einer Rangelei an der Klassentür die Finger eingeklemmt. „Es handelt sich um einen sehr unglücklichen Vorfall, den alle Beteiligten sehr ernst nehmen“, sagt Schuldezernent Michael Frost (parteilos).

Warum war kein Lehrer in der Klasse?

Frost sagt, dass kurzfristig ein Lehrer ausgefallen sei. Da so schnell auch keine Vertretungskraft gefunden werden konnte, sei auf eine explizit am Lloyd Gymnasium zwischen Elternbeirat und Schulleitung vereinbarte Regelung zurückgegriffen worden, die sich Mitbetreuung nennt. Das heißt: Die Schüler bekommen eine Stillarbeit. Dabei werde die Aufsicht durch die in den benachbarten Klassenräumen unterrichtenden Lehrer sichergestellt, betont Frost.

Schüler werden im Notfall nach Hause geschickt

Bis der Vorfall aufgeklärt sei, werde die Möglichkeit zur Stillarbeit ausgesetzt. Im Notfall müssten die Schüler stundenweise nach Hause geschickt werden, was man eigentlich mit der Lösung habe verhindern wollen, sagt Frost.

**zeit.de, 24.02.2017**

Singapur: Und jetzt werden alle kreativ

Singapur steht im Lernvergleich Pisa einsam an der Spitze. Während die Welt noch rätselt, wie das geht, sollen die Schulen in dem Stadtstaat nun plötzlich vieles anders machen. Ein Besuch mit überraschenden Einsichten.

Von Martin Spiewak

Ganzheitlich. Der Schulleiter hat seinen Besucher gerade begrüßt, da fällt das Wort zum ersten Mal. "Ganzheitlich" sei die Bildung an der Frontier Primary School, betont der Rektor: "Schule besteht doch nicht nur aus Mathematik, Naturwissenschaften und Englisch." Auch an der Universität dauert es gerade einmal 15 Minuten, bis die Professorin das Wort platziert: ganzheitlich ("holistic"). Der Direktor der Lehrerakademie schafft es in sieben. Und was machte der Bildungsminister nach dem spektakulären Pisa-Erfolg seines Landes im Dezember? Er schwärmte von "Kletterwänden" und "Kreativwerkstätten" in den Schulen.

Dabei gilt Singapur doch als die Strebernation der Welt. Ob Naturwissenschaften, Mathematik oder Lesen: Zum ersten Mal schnitten Singapurs Schüler in allen drei Disziplinen des internationalen Leistungsvergleiches am besten ab. Selbst zu Finnland, dem europäischen Klassenprimus, hält Singapur in Mathematik einen Vorsprung von mehr als fünfzig Pisa-Punkten. Das entspricht umgerechnet ungefähr zwei Lernjahren. Griffig formuliert: Im Vergleich zu den Singapurern sind wir Europäer alle bestenfalls Realschüler.

Wie schafft es ein Land, dessen Einwohner noch vor fünfzig Jahren mehrheitlich Analphabeten waren, seine Bevölkerung auf ein solches Bildungsniveau zu heben? Was können unsere Schulen von den Asiaten lernen? Und – ganzheitlich, ganzheitlich, ganzheitlich – warum reden ausgerechnet die Verantwortlichen in Singapur seit einiger Zeit bloß alle so, als wollten sie sich bei einer Waldorfschule bewerben?

Ein Besuch vor Ort, in Klassenzimmern, Universitäten und Ministerien. Da trifft, wer dem singapurischen Bildungswunder auf die Spur kommen will, auf ein System, das alle Klischees über die asiatischen Paukkulturen bestätigt – und das gleichzeitig immer wieder überrascht. Wo Schüler zwar stundenlang Mathe üben, aber dabei viel reden und wenig rechnen. Wo Lehrer in einem Korsett ständiger Beobachtung stecken und sich dennoch mehr entfalten können als jeder ihrer deutschen Kollegen.

7.45 Uhr, die Schüler nehmen Aufstellung zum Fahnenappell. In schnurgeraden Reihen ordnen sich die Schulklassen auf dem Pausenhof und stimmen die Nationalhymne an. Exakt beim letzten Ton erreicht die Fahne Singapurs den obersten Punkt. Dann legen die 1.200 Jungen und Mädchen ihre rechte Faust aufs Herz und sprechen gemeinsam den Nationaleid: "Wir, die Bürger Singapurs, geloben ..."

Die Frontier Primary School liegt in einem Neubaugebiet im Westen der Stadt, kurz vor der Grenze zu Malaysia. In Singapur gibt es Eliteschmieden und "Nachbarschaftsschulen" wie die Frontier-Grundschule. Ihre Schüler stammen aus den Wohntürmen, die das Schulgelände wie Wächter umstellen. Jeder zweite von ihnen spricht zu Hause nicht Englisch wie in der Schule, sondern Mandarin, Malaysisch oder Tamil.

In deutschen Grundschulen heißen die Klassen statt a, b, c, d oft "Schmetterlinge" oder "Pusteblumen". An der Frontier-Grundschule sind sie nach den Werten der Schule benannt: Respekt, Dankbarkeit, Mitgefühl. In der "Respect 6" beginnt der Unterricht am heutigen Tag mit Mathematik.

38 Mädchen und Jungen sitzen an Zweiertischen, den Blick auf ihren Lehrer Vincent Yew gerichtet. Über den Köpfen drehen sich Ventilatoren, die Tür steht offen. Mathematik ist hier wie überall in Asien die Königsdisziplin. Wer gut ist, wird hoch geschätzt – von Eltern und Lehrern, aber auch von den Mitschülern. Niemand käme in Singapur auf die Idee, mit seinen Mathe-Mängeln zu kokettieren. 35 Prozent der Singapurer lösen im Pisa-Test die Aufgaben des kompliziertesten Typs, in Deutschland schaffen das nur 13 Prozent.

Das Zauberwort heißt Metakognition

Mit Pauken allein lassen sich solche Ergebnisse nicht erzielen. Nur zum Aufwärmen rechnen die Sechstklässler ein paar Sudokus. Dann führt ein Alltagsbeispiel ins Thema der Stunde: Rückwärtsdenken. Die Schüler sollen ihren bisherigen Tag – 7.45 Uhr Morgenversammlung, 7.35 Uhr Eintreffen in der Schule ... – bis zum Aufstehen im Morgengrauen rekapitulieren. Im Anschluss verteilt Lehrer Yew Arbeitsblätter. Die Schüler müssen herausfinden, mit wie vielen Kindern ein Bus gestartet ist, wenn am Ende noch zwölf drinsitzen und zwischendurch verschiedene Gruppen ein- und ausgestiegen sind. Nur ein paar Minuten, dann folgt schon die nächste, anspruchsvollere Aufgabe. So geht es mal allein, mal zu zweit, mal in Gruppen weiter. Zum Abschluss sollen die Schüler eine eigene Knobelaufgabe konzipieren und diese ihrem Nachbarn stellen.

Rückwärtsdenken ist eine Strategie des Problemlösens. Die Bewältigung (möglichst realistischer) Probleme mithilfe der Mathematik gehört zur hohen Schule des Faches. In Singapur beruht die gesamte Didaktik auf diesem Konzept. "Viele im Westen denken, dass unsere Schüler so gut sind, weil sie so viel auswendig lernen. Das ist falsch. Unser Matheunterricht legt sehr viel Wert darauf, dass sie die mathematischen Konzepte verstehen", sagt Berinderjeet Kaur, Mathematik-Professorin am National Institute of Education. Tatsächlich hat sich die singapurische Grundschulmathematik (Singapore maths) weltweit einen Namen gemacht. Sie beeinflusst inzwischen Schulbücher in den USA, Israel und England.

Seit ein paar Jahren zielen Singapurs Schulen noch höher: Sie versuchen das Denken über das (mathematische) Denken zu vermitteln. Das Zauberwort heißt Metakognition. Wie das funktioniert, lässt sich in Vincent Yews Mathestunde besichtigen. Er trägt seinen Schülern auf, die einzelnen Denkschritte beim Rückwärtsrechnen aufzuschreiben, und zwar so, dass sie "ein Freund aus der dritten Klasse" versteht.

Mathe ist wichtig! Mathe braucht man im Leben! Mathe macht Spaß! Diese Botschaften vernehmen die Frontier-Schüler von der Einschulung an. Einmal in der Woche führen Lehrer in der Aula Zaubertricks vor, die sich mathematisch erklären lassen. Und selbst in den Pausen sieht man, wie Schüler – teilweise am iPad – von den Lehrern organisierte Mathespiele oder Knobelparcours absolvieren. Wer in Mathe nicht mitkommt, bekommt (wie in den anderen Hauptfächern auch) von Anfang an nachmittags Förderunterricht.

Für die Schüler der Respect 6 ist das Fach noch aus einem anderen Grund wichtig: Am Ende ihres Schuljahres wartet die Abschlussprüfung auf sie, das Primary School Leaving Exam (PSLE), bei dem Mathe eine wichtige Rolle spielt. Das Kürzel ist hier der Schrecken aller Eltern, Lehrer und Schüler. Denn beim PSLE treten alle Sechstklässler des Landes zum zentralen Leistungstest an, jeder gegen jeden. Der Punktwert am Ende der Prüfung bestimmt den Weg zur weiterführenden Schule.

Schon mit zwölf Jahren stellen sich für einen Singapurer damit die Lebensweichen: Wer studieren wird oder nicht, wer welche Karriere einschlägt, wie viel jemand verdienen und welches Ansehen sie oder er genießen wird. Selbst die Wahl der zukünftigen Freunde und des Ehepartners wird in der meritokratischen Kultur Singapurs durch das Grundschulabitur vorbestimmt.

Schulleiter Martin Koh bittet nach der Stunde drei Schüler aus der Respect 6 zum Gespräch. Leicht verschüchtert sitzen sie da in ihrer weiß-blauen Schuluniform. Zwei der drei tragen eine Brille. Das ist typisch: Rund achtzig Prozent der Schulabgänger in Korea, Japan oder Singapur leiden unter Kurzsichtigkeit, eine Folge der langen Zeit vor Büchern und Bildschirmen.

Wie lange sitzen sie zu Hause an den Aufgaben? Zwei Stunden, sagt Tan, eine Stunde Schularbeiten und eine Stunde "Elternhausarbeiten" (siehe Artikel unten). Klassenkameradin Nadya und Aletheia wiegen den Kopf. Bei ihnen sind es in diesem Jahr vor dem PSLE sogar drei Stunden. Für mehr als ein bisschen Fernsehen oder Spielen am Computer bleibt da keine Zeit.

Nicht nur bei Pisa wollen die Singapurer an die Spitze

Denn auf alle drei wartet nach der regulären Schule noch der Unterricht beim Pauklehrer. Bei Tan kommt er jeden Mittwoch und Samstag für jeweils zwei Stunden nach Hause. Nadya und Aletheia gehen zweimal drei Stunden ins Tuition-Center zur Nachhilfe. Wobei man hier eigentlich eher von "Vorhilfe" sprechen müsste. Denn keiner der Zwölfjährigen hat in der Schule Probleme. Statt etwas nach zuholen, greifen die Privatstunden vielmehr dem regulären Unterrichtsstoff vor – um den drei Sechstklässlern von einer guten zu einer sehr guten Note zu verhelfen.

Auch für Schulleiter Koh stellt der Grundschultest eine Prüfung dar. Er hat die Frontier Primary mit aufgebaut, die jetzigen sechsten Klassen absolvieren als erster Jahrgang das PSLE. Ihr Punktedurchschnitt bestimmt künftig das Renommee der Schule. "Es ist meine Feuertaufe", sagt Koh. Gleichzeitig scheint das Thema dem Rektor nicht zu behagen. Da in Singapur alles von oben nach unten streng durchorganisiert ist, kennt er natürlich die offizielle Politik. Schluss mit dem Starren auf Abschlussnoten! Bringt Kreativität in die Schule! Macht mehr Exkursionen! Unsere Schüler sollen unkonventionell denken! So lauten die Losungen seit ein paar Jahren.

Wie auch in China sorgen sich die Offiziellen hier, dass gute Noten allein nicht ausreichen, um junge Singapurer aufs Leben vorzubereiten. Tatsächlich beklagen sich Unternehmen immer wieder darüber, einheimische Arbeitskräfte seien zwar unschlagbar in puncto Einsatz und Disziplin – sobald aber Gelerntes und Bewährtes nicht weiterhülfen, blieben sie stecken. Ein Ingenieur solle eine komplexe Maschine nicht nur bedienen können, sagte Bildungsminister Ng Chee Meng kürzlich: "Er muss auch fähig sein, sie zu entwickeln."

Nicht nur bei Pisa wollen die Singapurer an die Spitze, sondern ebenso in den Hierarchien der Konzerne. Sie wollen Erfinder hervorbringen, Start-up-Gründer, Nobelpreisträger, dazu neuerdings auch Spitzenkünstler und Spitzensportler. Als Vorbild der Jugend gilt Schwimmer Joseph Schooling, der in Rio die erste Goldmedaille für Singapur holte.

Den Schulen hat man neben den klassischen akademischen Fächern deshalb (Stichwort Ganzheitlichkeit!) einen zweiten Lehrplan verordnet, um die sozialen, sportlichen und ästhetischen Fähigkeiten der Schüler zu trainieren. Gemessen an der Intensität, mit der Schulleiter Martin Koh ihn schildert, scheint er wichtiger zu sein als das eigentliche Curriculum. So sind der Chor und das chinesische Theater der Stolz der Schule. Hier spielt die zwölfjährige Nadya zweimal wöchentlich mit. Tan geht am Nachmittag in die Pfadfindergruppe, und Aletheia trainiert beim Softballinnovation, responsibility and leadership (Ideenreichtum, Verantwortung und Führungsfähigkeiten). Jeder Schüler muss am Nachmittag ein Fach zur Charakterbildung belegen – und jeder Lehrer eines geben. Natürlich strebt auch hier jeder nach Bestleistungen. Eine Sache um ihrer selbst willen zu machen, das scheint es hier nicht zu geben.

Nicht nur der Bildungseifer der Schüler des Stadtstaats ist sprichwörtlich, ebenso jener seiner Lehrer und Bildungsmanager. Wenn deutsche Bildungspolitiker im Ausland unterwegs sind, heißt es hinterher oft: Alles sehr interessant, aber leider nicht übertragbar. Die Singapurer machen es anders: Sie halten weltweit Ausschau nach neuen Ideen und passen diese an die eigenen Verhältnisse an. Jeder angehende Schulleiter in Singapur muss während seiner Ausbildung intensiv ein anderes Bildungssystem studieren.

So verbrachte Martin Koh ein paar Wochen in China und Italien, bezahlt vom Ministerium. "Fehlende Ressourcen sind für uns kein Problem", sagt der Rektor. Im turnhallengroßen Lehrerzimmer verfügt jeder Kollege über eine Arbeitswabe. Schon zu Beginn des Studiums erhalten die jungen Pädagogen vom Staat einen Computer gestellt. Zwar sitzen im Schnitt 40 Schüler in einer Klasse. Doch es gibt genug Lehrer, um sich bei Bedarf auch zwanzig, zehn oder zwei Schülern zu widmen – ein Personalprinzip, das weitaus ökonomischer und vernünftiger ist als das starre deutsche Klassensystem.

Das System lässt keinen Lehrer allein – und keinen in Ruhe

Rektor Koh führt den Gast in sein modernstes Klassenzimmer. Bildschirme hängen an den Wänden, Mikrofone von der Decke. Koh verlässt den Raum, kurze Zeit später ertönt seine Stimme: "Sie sehen mich jetzt nicht. Ich Sie aber." Koh steht im Nebenraum und blickt durch ein Einwegspiegel.

In diesem "Teaching Lab" beobachten die Lehrer der Frontier-Schule sich gegenseitig bei der Arbeit. Während einer von ihnen unterrichtet, stehen die Kollegen hinter der Scheibe und machen sich Notizen. Später werten sie die Stunde gemeinsam aus. Zweimal im Jahr ist jeder Lehrer gehalten, das Lehrlabor zu nutzen. Viele tun es häufiger. Oft probieren sie aus, ob gemeinsam vorbereitete Unterrichtssequenzen bei den Schülern ankommen.

Aber auch an Schulen ohne Teaching Lab ist Kooperation Pädagogenpflicht. Das System lässt keinen Lehrer allein – und keinen in Ruhe. Vom Anfänger bis zum Rektor hat jeder einen Tutor, mit dem er sich regelmäßig bespricht. Einmal im Jahr wird er von einem ministeriellen Supervisor bewertet. Hat der Kollege seine 100 Stunden Fortbildung absolviert? Wie sieht seine Elternarbeit aus? Braucht er selbst eine spezielle Fortbildung: der Chemielehrer vielleicht ein Praktikum im Uni-Labor? Und am Ende erhält jeder Lehrer eine Note.

Wer besser ist, steigt auf: vom Lehrer zum Ober- über den Leit- zum Meisterlehrer. Dieser Aufstieg belohnt keine Managementfähigkeiten. Dafür gibt es wie im Westen die traditionelle Schulleiterkarriere. In Singapur gibt es aber eben einen weiteren, pädagogischen Pfad: Die beiden Oberlehrer (senior teacher) für Mathematik an der Frontier Secondary sind die besten Didaktiker ihres Faches. Die Meisterlehrer sind die besten des ganzen Landes, sie treiben die Didaktik voran und verdienen ein Vielfaches ihrer Kollegen.

Einige Zeit beschäftigte die Frontier-Lehrer die Frage, wie sie schnell erfassen können, was die Schüler im Unterricht verstanden haben. Das Ergebnis sieht man in Form von dreieckigen Schildern auf den Pulten. Mit Grün ("alles klar"), Gelb ("habe Fragen"), Rot ("keine Ahnung") zeigen Mädchen und Jungen an, wie weit sie dem Unterricht folgen können. In anderen Schulen recken die Schüler Kartons in die Höhe mit einem Muster für eine bestimmte Antwortmöglichkeit. Mit zwei, drei Schwenks seines Smartphones scannt der Lehrer die Pappen mit dem QR-Code, und im Nu wird an der elektronischen Tafel sichtbar, wer die richtig Antwort weiß – und wer nicht.

So ist das Unterrichtsprinzip in Singapur: Der Lehrer hat das Unterrichtsgeschehen stets fest in der Hand. Leerlauf sieht man kaum, aber auch wenig Freiräume. Als sei die Schule in Singapur von einem pädagogischen Horror Vacui besessen.

Wo sollen da Fantasie und Eigensinn wachsen? Die Behörden haben den Lernstoff stark beschnitten, die Schulbücher sind dünn. Weniger büffeln müssen die Schüler deshalb aber nicht. Die besten Schüler erscheinen heute nicht mehr in der Zeitung, Schul-Rankings sind offiziell abgeschafft. Dennoch kennen alle Lehrer und Eltern die Position ihrer Schule genau. Rektor Martin Koh predigt seinen Eltern, privater Zusatzunterricht sei eigentlich überflüssig. Doch auch er schickt seine Tochter zur Chinesisch-Nachhilfe.

Es ist schwer, das freie Denken in einem System zu lernen, das auf Ehrfurcht vor Autoritäten baut. Kreativität lässt sich nun einmal nicht pauken. Über dem Eingang zur Frontier Primary School steht in großen Buchstaben: "Sei etwas Besonderes, mach etwas Besonderes" – exakt dasselbe Motto tragen auch Dutzende anderer Schulen.

**Bild am Sonntag, 26.2.2017**

EY SCHULE, DU HAST PROBLEM

Fährt unsere Bildungsnation an die Wand?

„Die große Debatte“ – S. 28 bis 31

Jammern Lehrer nur rum, oder sind sie überfordert?

Pädagogen sehen sich heute gewalttätigen Kindern, Helikoptereltern und einer experimentierfreudigen Bildungspolitik gegenüber. Eine Bestandsaufnahme

Deutschland hat rund 42 000 Schulen, 800 000 Lehrer, 11 Millionen Schüler und unendlich viele Probleme: Ein Musiklehrer aus Neuss lässt seine 6. Klasse nachsitzen und steht deshalb wegen Freiheitsberaubung vor Gericht. Ein Gymnasiallehrer aus Bad Pyrmont nimmt seinem Schüler das Handy ab, wird daraufhin von ihm mit einem Schnürsenkel gewürgt. Ein Grundschullehrer aus Bremen gibt einem Schüler eine schlechte Note, sofort ruft der per WhatsApp alarmierte Vater auf dem Handy des Lehrers an.

Was ist nur los an unseren Schulen? Sind die Kinder das Problem, die Eltern, mal wieder die Lehrer oder doch die Bildungspolitik? In BamS debattieren die Erziehungsexperten Josef Kraus (67) und Hans Brügelmann (70). Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, war 20 Jahre lang Direktor an einem bayerischen Gymnasium. Am 20. März erscheint sein neues Buch „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“. Er sagt, dass dank der vielen übereilten Reformen oft nur noch Ruinen des deutschen Schulwesens übrig sind.

Professor Hans Brügelmann hingegen findet den Wandel existenziell – für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Brügelmann ist Bildungsforscher und Grundschulpädagoge. Er unterstützte die Einführung der umstrittenen „Lesen durch Schreiben“-Methode an deutschen Grundschulen.

Liegt es an den Kindern?

„Früher musste man Kinder dazu bringen, ihre Meinung zu sagen. Heute besteht die Schwierigkeit darin, sie zum Zuhören zu bewegen und ihnen begreiflich zu machen, dass es nicht immer nur um sie geht“, sagt Hans Brügelmann. Konkret meint er: Eltern setzen ihren Kindern heute kaum noch Grenzen.

„Die heterogene Schülerschaft macht das Unterrichten für Lehrer anspruchsvoller und oft mühsamer, vor allem weil wir jedem Kind gerecht werden wollen“, weiß Brügelmann. Er meint damit die Zusammensetzung der Klassen als Spiegelbild unserer Gesellschaft. Immer mehr Schulen setzen zudem auf Inklusion – das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Förderbedarf: Dadurch sitzen verhaltensauffällige Kinder neben hochbegabten, Schüler mit geringsten Deutschkenntnissen neben traumatisierten Flüchtlingskindern. Alle kommen aus unterschiedlichen sozialen Milieus, wurden unterschiedlich erzogen – oder gar nicht. Zwar gibt es für die Inklusion zusätzliche Lehrer, doch es sind zu wenig. Eine Frankfurter Grundschullehrerin, die jüngst in der Zeitung „FAS“ diese Zustände beschrieb, löste einen Leserbrief-Ansturm aus.

Dazu steigt die Gewalt an Schulen. Jeder zehnte Schüler wurde Opfer von Gewalt in der Schule oder auf dem Schulweg, belegt eine Studie der Leuphana Universität Lüneburg. Brügelmann relativiert: „Schülergewalt hat es schon immer gegeben. Ich bin in den 50er-Jahren aufgewachsen. Auf dem Schulweg gab es richtige Bandenkriege. Das kann man nachlesen in Jugendbüchern wie Erich Kästners ‚Das fliegende Klassenzimmer‘.“ Josef Kraus hält dagegen: „Klassenkloppereien gab es früher, um die Hackordnung zu regeln. Aber es wurde aufgehört, wenn einer am Boden lag. Heute geht es bis zur schweren Körperverletzung.“ In Brandenburg schlug eine verhaltensauffällige und vom Jugendamt begutachtete Erstklässlerin einem Viertklässler einen Zahn aus.

Liegt es an den Eltern?

„Es gibt heute mehr Extreme in der Elternschaft“, sagt Josef Kraus. „Ein Fünftel ist gleichgültig, ein Fünftel überbehütend und drei Fünftel sind normal.“ Vor allem die zwei Extreme stören den Schulalltag. Kraus: „Eltern trauen Lehrern immer weniger und respektieren seltener deren Entscheidungen. Jede Kleinigkeit führt zu Beschwerden: die Sitzordnung, das Schulessen, Ausflugstermine.“ Bei scheinbar ungerechter Benotung wird sogar geklagt. „Lehrer sind aus Sicht mancher Eltern das einzige Hindernis ihrer Kinder auf dem Weg zum Abitur“, sagt Josef Kraus. Die Eltern identifizieren sich sehr stark mit ihrem Kind. „Es kann nicht sein, dass WIR eine Fünf in Mathe bekommen haben. WIR haben doch geübt“, zitiert er eine enttäuschte Mutter.

Die gleichgültigen Eltern, ignorieren Elternsprechstunden und laden ihren Erziehungsauftrag bei den Lehrern ab. Die Frankfurter Grundschullehrerin musste sich anhören: „Erziehen Sie doch mein Kind, Sie sehen es häufiger als ich.“ Ein Vater wurde sogar handgreiflich. Ein Berliner Lehrer einer Brennpunktschule, Ulrich Clemens (62), wurde vom Vater eines Sechstklässlers verprügelt. Er hatte dessen Sohn ermahnt, nach Stundenbeginn in den Klassenraum zu gehen.

Liegt es an den Lehrern?

Nachmittags Feierabend, drei Monate Ferien im Jahr: Lehrer haben einen leichten Job, glauben drei von vier Befragten einer Allensbach-Untersuchung. Lehrer sehen das anders. Laut einer Studie der Vodafone Stiftung findet jeder zweite, dass das Schulleben in den vergangenen fünf bis zehn Jahren anstrengender geworden ist. Vier von zehn Lehrern gaben sogar an, im Job unerträglichen Belastungen ausgesetzt gewesen zu sein. 40 000 Lehrer fehlen, rechnet Josef Kraus das Ergebnis bildungspolitischer Einsparungen der letzten Jahrzehnte vor. Abiturienten entscheiden sich lieber für andere Berufe. Wegen schlechter Bezahlung und mangelnden Respekts.

Kraus: „Bei schlechten Noten wird der Lehrer getadelt, nicht mehr der Schüler. Heute gibt es keine faulen Schüler mehr, sondern angeblich nur demotivierende Lehrer.“ Hans Brügelmann kontert: „Respekt vor Lehrern fehlte früher auch oft, es wurde nur verdeckter gespottet.“ Auch vor Gewalt schrecken weder Eltern noch Schüler zurück. Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Lehrergewerkschaft Verband, Bildung und Erziehung (VBE) wurden 45 000 Lehrerinnen und Lehrer in den vergangenen fünf Jahren tätlich angegriffen.

Liegt es an der Bildungspolitik?

G 8, JÜL, Inklusion – die deutsche Bildungspolitik ist nicht erst seit dem PISA-Schock im Jahr 2000 experimentierfreudig. Unzählige Reformen wurden beschlossen und wieder reformiert. „Wir haben eine Bildungspolitik, die keine Probleme löst, sondern sie erst schafft“, findet Josef Kraus. „Alles, was Schule ausmacht, wird infrage gestellt oder abgeschafft.“ Frontalunterricht, Hausaufgaben, Sitzenbleiben, Zensuren. Eltern empfinden ihre Kinder als Versuchskaninchen. „Schule muss sich wandeln“, hält Hans Brügelmann dagegen. „Das Problem ist aber, dass wir Reformen immer gleich flächendeckend umsetzen, ohne Chance, aus Erfahrungen zu lernen.“

Die Folge: Das Bildungsniveau sinkt. „Die Noten werden immer besser, die Schüler immer schlechter“, beklagt Kraus. „Das Leistungsprinzip wird untergraben, es herrscht Wohlfühl-Pädagogik. Lernen muss immer Spaß machen, es darf nicht anstrengend sein“, kritisiert Kraus. Lehrpläne würden zu Leerplänen. „Vor 20 Jahren musste ein Grundschulkind am Ende der vierten Klasse 1100 Wörter beherrschen, heute sind es 700.“

Schulen haben heute immer mehr Aufgaben zu bewältigen. „Gesellschaftliche Probleme werden gern der Schule zur Lösung zugeschoben“, sagt Brügelmann. „Sei es Sexualkunde, der Umgang mit digitalen Medien oder die Verkehrserziehung.“

Nur mehr Geld und Personal gibt es nicht. Bei der Finanzierung und Ausstattung der Schulen befindet sich Deutschland im internationalen Mittelfeld. Schüler, Eltern und Lehrer fragen sich, wie die Schule ihre Kernaufgabe wahrnehmen soll: Chancengerechtigkeit herstellen. Es müssen alle Schüler mitgenommen werden, unabhängig von Herkunft und Elternhaus, da sind sich Brügelmann und Kraus einig. Hans Brügelmann: „Demokratie braucht einen Ort, an dem Schüler aus verschiedenen Milieus lernen, miteinander auszukommen. Das ist wichtig für den Zusammenhalt und den sozialen Frieden.“

**ikz.de, 27.02.2017**

"UNTERRICHTSAUSFALL - DER CHECK"

Forscher Wilfried Bos über Mythen in der Bildungsforschung

Professor Wilfried Bos (63) leitete für Deutschland die internationalen Leistungsstudien Timmss- und Iglu. Am Institut für Bildungsforschung der TU leitet er den Bereich Bildungsforschung und Qualitätssicherung.

DORTMUND.  Gute Bildung ist kein Teufelswerk, aber man braucht ausreichend Ressourcen, sagt Bildungsforscher Wilfried Bos. Die Größe der Klasse oder die Anzahl der Ausfallstunden sei aber gar nicht entscheidend. Wir sprachen mit dem Professor vom Institut für Bildungsforschung (IfB) an der TU Dortmund über gute Schule und das Projekt Unterrichtsausfall-Check.

Herr Professor Bos, was halten Sie als Bildungsforscher von unserem Projekt zum Unterrichtsausfall?

Die Frage ist, wie relevant ist das Thema. Es gibt eine Studie aus Rheinland-Pfalz, die Markus-Studie, die die Bedeutung des Unterrichtsausfalls für den Leistungsstand der Schüler relativiert. Es wurden flächendeckend die Mathematik-Leistungen der Schüler in den 8. Klassen untersucht. Für die erreichte Punktzahl machte es keinen Unterschied, ob weniger als fünf oder mehr als 24 Stunden pro Schuljahr (Anm.: also etwa eine gute halbe Stunde pro Woche) ausfielen.

Das heißt, es ist also völlig egal, wie viel Unterricht stattfindet?

Nein, ab einer bestimmten Größe wird es schon relevant. Aber diesen Schwellenwert kennen wir nicht. Aber es bedeutet, es ist unklug, den Lehrern Fortbildungen zu verweigern und sie auf samstags zu legen, damit kein Unterricht ausfällt. Das ist nicht zumutbar und das macht auch kein Lehrer gern. Die Bedeutung des Stundenausfalls gehört zu den Mythen in der Bildung, ähnlich wie die der Klassengröße. Auch die ist viel weniger entscheidend für den Lernerfolg, als die meisten denken. Eine Reduzierung von 26 auf 24 Kinder pro Klasse würde in NRW jährlich rund 600.000 Euro kosten, hätte aber keine signifikante Wirkung.

Es macht also keinen Unterschied, ob 20 oder 30 Kinder in einer Klasse sitzen?

Es hat keinen messbaren Effekt, nicht den allerkleinsten. Positive Auswirkungen machen sich erst ab einer Klassenstärke von weniger als 20 bemerkbar, bergab geht es mit dem Lernerfolg ab deutlich mehr als 30 Kindern. Die Klassen sind in Deutschland gar nicht besonders groß, an den Grundschulen liegt der Durchschnitt bei 22 Kindern pro Klasse.

Müsste man bei einer Beurteilung nicht die Heterogenität der Schüler in einer Klasse berücksichtigen?

Heterogenität macht sich positiv bemerkbar, wenn die Spannbreite im Rahmen bleibt. Sie führt dazu, dass schwache Schüler besser werden. Auch dazu gibt es eine Untersuchung.

Insgesamt kann man also sagen, nicht die Quantität ist entscheidend, sondern die Qualität?

Genau. Nach den Ergebnissen der Timss-Studie (Anm.: Grundschulstudie zu Mathematik und Naturwissenschaften am Ende der 4. Klasse) wurden reflexartig vier Stunden mehr Mathe gefordert. Doch mehr vom Schlechten würde nichts bringen, die Schüler würden es dadurch nicht begreifen. Das ist vergleichbar damit, wenn jemand eine unverständliche Wegbeschreibung einfach wiederholt, nur lauter.

Könnte der gebundene Ganztag helfen?

Ganztagsschulen könnten helfen, aber nur, wenn es gut gemacht ist und am Nachmittag Lehrer vor Ort sind und nicht irgendwelche Aushilfskräfte.

Wie könnte das funktionieren? Brauchen wir mehr Lehrer oder müssten die Lehrer länger arbeiten?

Weltweit gibt es fast nur Ganztagsschulsysteme, das ist überall ganz normal. Das schafft natürlich Freiräume für Förderung. Die Lehrer erledigen ihre Vorbereitung, Betreuung und Korrekturen in der Schule und sind fertig, wenn sie nachmittags nach Hause gehen. Auch in unserem Nachbarland Holland war das beispielsweise schon immer so. In Deutschland bedeutete das eine große Umstellung, für die Lehrer und auch für die Eltern. Da ist noch ein dickes Brett zu bohren, denn bei uns ist es gesellschaftlich gewachsen, dass die Betreuung - auch die der Hausaufgaben - in der Familie stattfindet.

Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis auch bei uns alle Gymnasien im Ganztag arbeiten. In etwa zehn bis 15 Jahren wird das so sein. Das bedeutet herbe Eingriffe, ich halte sie aber für unvermeidlich. Die Lehrer bereiten dann ihren Unterricht in der Schule vor und tauschen sich aus.

Wenn nun ausreichend Geld vorhanden wäre - wofür sollte man es sinnvollerweise einsetzen?

Alles Geld sollte in die Verbesserung des Unterrichts gesteckt werden, denn das ist das Kerngeschäft. Es sollte also in die Lehreraus- und -fortbildung investiert werden. Nicht in kleinere Klassen, nicht in mehr Unterricht. Gute Netzwerkarbeit, wo Material gemeinsam entwickelt und weitergegeben wird, wirkt sich positiv aus. Aber das ist für die Politik nicht sexy, sondern die Aussage: Wir machen die Klassen kleiner.

Was sollte sich noch ändern?

Wo es nötig ist, sollte auch die Schulsozialarbeit ausgebaut werden, denn es gibt Schulen, beispielsweise in der Nordstadt, da muss man einfach sozialpädagogisch ran. Aber der Unterricht ist das A und O. Und noch etwas ist wichtig: Miss es oder vergiss es! Wir haben kein funktionierendes Controlling, die Schulinspektion ist mit zu wenig Kompetenz ausgestattet.

Es fehlt die wissenschaftliche Begleitung für die Inklusion und den Umgang mit der Zuwanderung. Die Evaluation ist ganz wichtig, und sie kostet Peanuts. Die große Iglu-Studie kostet ein Siebzigtausendstel von dem, was wir jährlich für die Grundschulen ausgeben. Wir werden das Flüchtlingsproblem noch die nächsten 30 Jahre haben und damit auch das Thema Beschulung. Das Problem ist nur: Wir wissen nicht, wie man es gut macht. Es wäre aber gut zu wissen.

Aber sind die Schulen nicht ohnehin schon stark belastet durch Evaluation, Studien und Bürokratie?

Bürokratie ja, aber die verschriene Testeritis ist auch ein Mythos. Wir haben 28.000 Schulen in Deutschland, da kommt jede Schule alle 50 Jahre einmal dran. Es ist aber so, die Lehrer fühlen sich überfordert durch das, was sie nebenher wuppen müssen. Es wäre wirklich gut, wenn man sie einfach mal zehn Jahre in Ruhe arbeiten lassen würde...